Nr. 128. 8. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6469.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 6, Nr. 4106.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Freitag, den 5. Juni 1891. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Der evangelisch-soziale Kongreß.

II.

Leiter der Versammlung wurde der bekannte starrnackige Brotvertheuerer Landes-Oekonomierath Nobbe, zum Ehrenpräsidenten ernannte man Prof. Dr. Adolf Wagner. Das erste auf der Tagesordnung stehende Thema: „Religion und Sozialdemokratie", behandelte Prof. Dr. Hermann-Marburg. Es ist außerordentlich bezeichnend für die Verlegenheit unserer Gegner, daß sie, sobald sie einmal ernstlich auf die Erörterung der sozialen Frage einzugehen suchen, rettungslos in die Untiefen des Sozialismus gerathen. Ein Zugeständniß nach dem andern, eine Anerkennung hier, ein Bekenntniß dort, dräuender und dräuender umwogt die Hochfluth den ach! zu kühnen Schwimmer, und er wäre verloren, wenn ihn nicht das jähe sacrificio del intelletto, die Aufopferung des Verstandes, diese Patent-Korkjacke der Gläubigkeit, ans schützende Ufer trüge. Wahres und Falsches, Zutreffendes und Schiefes begegnet in holder Gemeinschaft uns in den Ausführungen Hermann's. Doch höre man ihn selbst:

„Die Sozialdemokratie ist keine rein wirthschaftliche Bewegung. Das beweisen die fortgesetzt aus den Reihen der Sozialdemokratie erschallenden Stimmen wilden Hasses gegen Kirche und gegen Religion. In einem sachlichen Gegensatz zur Religion befinde sich die Sozialdemokratie nicht, denn sie bekämpfe wesentlich nur das Christenthum und lasse das Judenthum ungeschoren. Zugegeben sei der deutschen Sozialdemokratie, daß sie sich nicht von diplomatischen Rücksichten im Allgemeinen leiten läßt, sondern von Gedanken, welchen sie den Sieg zuschreibe. Sie stelle sich dar als die reife Frucht der wirthschaftlichen Bewegung der Vergangenheit, sie wolle aber im Gegensatz zu der Sozialdemokratie anderer Länder, nicht nur an der Spitze der wirthschaftlichen Bewegung stehen, sondern auch an der Spitze der Kultur überhaupt, sie sei eine antireligiöse und antichristliche Weltanschauung. Richtig an den sozialdemokratischen Theorien sei, daß das geistige Leben des Menschen stark beeinflußt werde von den ökonomischen Zuständen. Richtig sei ferner die Erkenntniß, daß die Sozialdemokratie auch den Bestrebungen der Naturwissenschaft ihre Erfolge zum Theil verdanke. Die große Masse, welche den sozialdemokratischen Führern folgt, wolle aber im Großen und Ganzen nichts, als die Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter. Ein Theil von ihnen halte die alte Verbindung mit der Kirche noch aufrecht, aber weiter und weiter verbreite sich die Meinung, daß die Kirche im Dienste der Besitzenden, der „Bourgeois" stehe, und daß die Gebildeten, welche selbst über die Kirche hinaus zu sein glauben und ihre eigene Lebenshaltung unkirchlich und religionslos gestalten, diese Kirche aber als Retterin gegen die Sozialdemokratie ansehen und hochhalten, Heuchelei und Hochmuth treiben. Die unkirchlichen Gebildeten wissen, daß die Genußsucht eingeschränkt werden müsse, sie unterwürfen sich aber dieser Erkenntniß selbst nicht und überließen sich selbst dem Nerventreize. Viel höher als diese unkirchlichen Gebildeten stehe der sozialdemokratische Arbeiter, welcher sich schließlich doch mit den höchsten Lebensfragen in seiner Gedankenwelt beschäftige. Andererseits lasse sich nicht leugnen, daß auch die amtlichen Vertreter der Kirche nicht immer die nöthige Vorsicht bewahrt, und durch ihre Haltung zu der Auffassung beigetragen haben, daß die Kirche im Dienste der Reichen stehe. Die Kirche würde den naturalistisch bedrängten Arbeitern den größten Dienst leisten und zu zweifelloser Klarheit beitragen, wenn sie laut hinaus erkläre, daß sie die naturwissenschaftliche Erkenntniß nicht zu fürchten habe, sondern daß der christliche Glaube auf Gründen fuße, welche durch jene Erkenntniß nicht angetastet werden können. Diese Gründe seien nicht die Wunder der Bibel, sondern die thatsächliche Liebe, welche das Grundprinzip der christlichen Religion sei. Die von dem Referenten zur Annahme vorgeschlagenen Thesen lauten: 1. Die Sozialdemokratie befindet sich durch ihre materialistische Geschichtsauffassung in einem sachlichen Gegensatz zur christlichen Religion. 2. Die materialistische Deutung der Geschichte gehört nicht zu den Prinzipien, sondern zu den Agitationsmitteln der Sozialdemokratie. 3. Sie zu überwinden, ist gegenwärtig die wichtigste soziale Aufgabe der christlichen Kirche. 4. Die **wirthschaftlichen Ziele**, denen die **Arbeiter unter Führung der Sozialdemokratie zustreben, im Namen der christlichen Kirche zu bekämpfen**, ist unchristlich."

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion ist zur Genüge bekannt, und es ist verwunderlich, daß Herr Hermann nicht auf die abgedroschenen Einwürfe verzichtet, die hundertmal zurückgewiesen worden sind. Der Fortschritt der Aufklärung, das Wachsthum der wissenschaftlichen Erkenntniß und die Zersetzung der religiösen Dogmen gehen Hand in Hand. Wir als Partei haben mit Glaubensfragen nichts zu thun, und die absolute Duldsamkeit gegenüber jeglichem Bekenntniß versteht sich von selbst bei einer Bewegung, die allein im sozialpolitischen Boden wurzelnd nicht blos das Proletariat, sondern die ganze Gesellschaft emanzipiren will. Was wir entschieden zu bekämpfen haben, ist das im Dienste der Reaktion wirkende Pfaffenthum, nicht etwa als Träger bestimmter religiöser Ideen, sondern als Werkzeug der Gewalthaber zur Niederhaltung der Massen. Nur soweit das Pfaffenthum sich dazu hergiebt, die Religion in den Streit des öffentlichen Marktes hineinzuziehen und sie mit der lärmenden Beredtsamkeit eines Quacksalbers als Heilmittel gegen soziale Schäden auszuschreien, haben wir es überhaupt nöthig, eine positive Thätigkeit ihm gegenüber zu entfalten, das nichts ist als eine bestimmte Funktion des Klassenstaates. Die Befriedigung des religiösen Bedürfnisses aber ist Sache des Einzelnen und kümmert uns nicht. Deshalb stehen wir kühl bis ans Herz hinan den Kreuzfahrern der atheistischen Pfäfferei gegenüber, die nichts sind als die Antithese der Glaubenseiferer. Und diese Unglaubensfanatiker, welche mit ihrer Bilderstürmerei keinen Hund hinter dem Ofen vorlocken und in ihrer Einseitigkeit die großen Ziele der Arbeiterklasse ignoriren, sind um kein Haar besser, als die Diestelkamp und Stöcker. Ganz zu geschweigen von jenen Halben, die den entscheidenden Schritt nicht zu thun wagen und wie Buridan's Esel zwischen dem Heubündel der Glaubenslosigkeit und dem der Rechtgläubigkeit elendiglich darben. Es giebt nur ein Entweder — Oder, positiver Glaube oder positive Freiheit von Religion, der Zwitterzustand, wie er sich an vielen Orten herausgebildet hat, dies Paktiren mit Himmel und Hölle, ist, sofern es nicht als Nothbehelf dem bürgerlichen Gesetz gegenüber erforderlich ist, nur von Uebel.

Und was für eine verschrobene Auffassung, die uns eine besondere Vorliebe für das Judenthum andichtet! Das Richtige ist: die Sozialdemokratie ist nicht antisemitisch, sie treibt aber auch keinen Philosemitismus. Das kapitalistische Judenthum, mag es an der Börse oder im Großhandel, in der großgewerblichen Ausbeutung, in der Politik oder in der Literatur sich breitmachen, ist für uns nicht reizvoller, als das unbeschnittene Großkapital und seine Vertretung. Ob Bleichröder oder Hansemann, ob Gerson oder Hertzog, ob Rothschild oder Stumm, ob Levysohn oder Pindter, ob Bamberger oder Kardorff, alle diese Repräsentanten der herrschenden Klassen finden als solche bei uns die gleiche Kritik, die gleiche Beurtheilung, die gleiche Bewerthung. So gewiß es ist, daß das großbürgerliche Judenthum dank seiner ganzen geschichtlichen Entwickelung die Technik der Exploitation bis zum Gipfel der Vollendung zu führen gewußt hat, daß seine Finanzkunst bis zum Raffinement ausgebildet ist, so fest steht es auch, daß die Juden-Kapitalisten das sind was sie sind, kraft unserer Produktionsweise.

Was vor siebenundvierzig Jahren Karl Marx mit dem Scharfblick des Genies ausgesprochen hat, gilt auch heute noch: „Sobald es der Gesellschaft gelingt, . . . den Schacher und seine Voraussetzungen aufzuheben, ist der Jude unmöglich geworden. . . . Die gesellschaftliche Emanzipation der Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judenthum."

Der Antisemitismus als soziale Erscheinung, wie er aufgefaßt und erfaßt wird von dem Mittel„stand", dem Kleinbürgerthum, den Opfern der großen Unternehmungen, wie Kleinhändlern, Handwerksmeistern und Bauern, ist, wie der österreichische Politiker Kronawetter es treffend ausgedrückt hat, nichts als der „Sozialismus des dummen Kerls", der dumpfe Protest der noch nicht zum proletarischen Klassenbewußtsein gelangten Elemente. Die Stöcker und Böckel, die Werner und Zimmermann, all' diese Kommis der Reaktion, welche im Trüben zu fischen gedenkt, indem sie die Aufmerksamkeit von dem Krebsschaden Kapitalismus auf sein Symptom, das Geldjudenthum, zu

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [76

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert Saweichel.

Von dem andern Tische drehten sich die Köpfe nach ihm hin und es ließ sich jenes kurze, halb unterdrückte Lachen vernehmen, wie es der Erregung eigen ist, in der leicht jedes Wort zündet. Mutschleitner hatte in der That mit den Leuten über denselben Gegenstand gesprochen, wie das Gamsmanndl mit Ambros.

„Eile mit Weile," sagte er. „Es wird wohl noch viel Wasser in die Gader fließen, ehe Dein frommer Wunsch an den Bayern in Erfüllung geht. Ihr sollet nicht verzagen, wenn es auch just gar so wüst bei uns ausschaut, das ist meine Meinung gewesen, weshalb ich hier zu den Mannen gered't hab', und sie sollen ihren Bekannten auch ein Herz machen. Unser Herrgott verläßt keinen ehrlichen Tyroler nicht. Wir schlüpfen wohl Alle lieber heute als morgen aus dem Schuh, der uns drückt. Aber wir müssen noch warten; denn wenn dem Bayer die Prügelsuppe mit Bohnen gut bekommen soll, dann muß sie auch ordentlich gar gekocht sein. Die Flasche zahl' ich selbst gern und auch eine zweite. Setzt Euch nur her zu den Andern, Du und das Gamsmanndl! Ich werd' Euch nachher sagen, worauf wir trinken wollen."

Ambros und Sampogna leisteten seiner Aufforderung Folge, er selbst füllte erst aus dem Tönnchen, das auf dem Schragen in der Stube lag, zwei Flaschen mit rothem Wein, bevor auch er seinen früheren Platz wieder einnahm.

„Jetzt wisset Ihr, was im Werk ist," ergriff er wieder das Wort. „Wollet Ihr dabei sein?"

„Wie kannst Du noch fragen?" rief Ambros hitzig.

Die Andern zögerten wohl eine halbe Sekunde mit ihrer Antwort. Sie bedachten sich nicht, aber sie mußten das Ja tief herausholen aus ihrer Brust und dann reichten sie alle Mutschleitner die Hand.

„Ein Wort, ein Mann," nickte Mutschleitner. „Ihr werdet zu Keinem von der Sach' reden, dem ihr nicht trauen könnt wie Euch selbst, und steht mir bei, daß es in unserem Thal ruhig bleibt, bis ich Euch sage, daß es Zeit ist. Sorget derweilen in Euren Häusern für einen Ort, wo man Pulver und Gewehre sicher verstecken kann und schaffet für Eure eigene Stutzen so viel Pulver und Blei als ihr könnt, ohne Verdacht zu erregen. Die Instrumente müssen gut gestimmt sein, daß es nachher eine reine Musik giebt, wann das Konzert losgeht. Daß der Kaiser Franzl mit seinen Oesterreichern zur rechten Zeit einfallen wird, darauf könnt Ihr Euch verlassen."

Ein Murmeln und eine Bewegung ging um den Tisch.

„Aber es muß Einer dabei sein, wo den Ton angiebt und den Takt schlägt," äußerte der Bäcker mit einem Räuspern.

„Ja, einen Kopf muß die Geschichte haben," murmelte auch der Färber, und der Steinbauer und der Bauer vom Jöchl nickten dazu. Nur das Gamsmanndl rauchte seine Pfeife mit einer Miene, als kümmerte ihn die ganze Verhandlung nicht.

„Freilich, einen Kopf und ein Herz muß unsere Sach' haben," stimmte Mutschleitner zu, der unterdessen sämmtliche Gläser gefüllt hatte. „Ihr kennt den Wirth vom Sand im Passeier; was meint ihr zu dem Kopf?" Er schaute sich rings am Tische um. Die Augen der Andern bohrten förmlich in ihn hinein. Das Gamsmanndl blinzelte Ambros zu.

„Also, worauf wir trinken wollen," erhob Mutschleitner sein Glas. „Der bärtige Andrä soll leben!"

Ein unwiderstehlicher Zug riß Alle von ihren Sitzen auf und mit glänzenden Augen stießen sie die Gläser zusammen und leerten sie.

„Wann der Hofer uns führt, dann kann uns Gottes Segen nicht fehlen," unterbrach der Bäcker die Stille, in der sich Alle niedergesetzt hatten.

„Unsere Sach' ist gut und gerecht," fügte der Einhofbauer vom Jöchl hinzu.

„Wär's nicht so, der Hofer würd' die Hand nicht daran legen," bemerkte Mutschleitner.

„Wer von uns thät's, wenn wir uns der Noth noch anders zu erwehren wüßten?" fragte der Steinbauer mit düsterem Blicke und drückte seine Faust gegen die Tischplatte.

„Ob wir den Oberförster und den Landrichter nicht in unseren Bund ziehen sollten?" warf der Färber die Frage auf. „Gut Oesterreichisch sind sie!"

„Lasset die Herren außen, sag' ich," rief der Steinbauer mit gerunzelter Stirn. „Die Herren und wir Bauern das giebt ein ungleich Gespann. Sie sind zu klug für uns. Meinet ihr, sie werden sich dem fügen, was so schlichte Leute, wie der Hofer ist, verordnen? Die Städtischen wissen ja immer alles besser wie wir, und nun gar die Schreiber und Advokaten."

lenken sucht, diese Leute, Krethi und Plethi der rückschrittlichen Fraktionen, sind nicht zu verwechseln mit der Erscheinung des Antisemitismus selbst. Dieser ist für die in absehbarer Zeit dem Proletariat verfallenden Schichten der Deklassirten ein Durchgangspunkt. Für die Kleinbürgerschaft, die schneller oder langsamer von den Mühlsteinen der Großbourgeoisie zermalmt wird, ist er eine Illusion, hinter welcher sie herläuft, wie früher hinter der Illusion des Proudhouismus und des Liberalismus. Die Unzufriedenen, die Unterdrückten, die antisemitische Masse wird uns folgen müssen, weil die Verhältnisse sie unserer Fahne zuführen.

Daß die Dinge so kommen werden, ist unzweifelhaft. Daß sie so liegen wie heute, ist, wie wir gezeigt, leicht verständlich. Zu der historischen Ueberlieferung tritt die unbestreitbare Thatsache, daß das jüdische Kapitalmagnatenthum auf dem Bilde der Bourgeoisie mit grellen Farben sich abhebt. Auffällig und die starken Effekte liebend, beweglich und mit einer erstaunlichen sozialen Ubiquität ausgestattet, schwimmt es, wie Kork, überall auf der Oberfläche, lockt die Aufmerksamkeit auf sich und trägt dazu bei, daß eine rückständige Vorstellungsweise statt des Ganzen nur den Theil, statt des Protzen blos den Juden sieht. Daß des Pudels Kern die bürgerliche Wirthschaftsform ist, das ist ein Ergebniß sozialistischer Einsicht. Es geschieht hier das Gleiche wie auf einem anderen Gebiete. Die Gaunersprache, das sogenannte „Jenisch", scheint vorzugsweise hebräischen Stammes zu sein. Thatsächlich aber ist ihr Grundstock, ihr Wesentliches durchaus deutsch, doch die hebräischen Beziehungen haben ein so vorstechendes Kolorit, daß man im ersten Augenblick über den sprachlichen Charakter sich täuscht. Die Hebräismen des „Jenisch" verhalten sich zur Gaunersprache, wie die Geldjuden zum Kapitalismus.

Wir können uns kurz fassen bei den übrigen Ausführungen Hermann's. Die Konzessionen, die er der Sozialdemokratie macht, sind schwermiegend genug, und seine letzte, die vierte These, ist eine vortreffliche Quittung über die Richtigkeit unserer Ziele. Die materialistische Geschichtsauffassung, die auf die wirthschaftlichen Ursachen das soziale und politische Leben zurückführt, hat auch den Marburger Professor nicht unverschont gelassen.

Er erklärt es für unchristlich, die wirthschaftlichen Ziele der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wohlan, so mag er dazu beitragen, daß die sozialistische Produktionsweise eingeführt werde, daß man die Produktionsmittel vergesellschafte, daß die bürgerliche Gesellschaft neuen Formen weiche. Unsere ökonomischen Ziele erreichen, heißt alle unsere Ziele erreichen. Eines nicht ohne das Andere, Eins mit dem Andern. Ohne Zweifel, ein peinliches Dilemma für gläubige Seelen. Aber hier hilft kein Mundspitzen mehr, es muß gepfiffen werden.

Was Adolf Wagner, dieser ausgezeichnete Gelehrte und originelle Kopf, im Laufe der Debatte sagte, war eine Wiederholung seiner bekannten Ansichten:

„Die deutsche Sozialdemokratie sei eine philosophisch-spekulative Partei mit allen Vorzügen und allen Mängeln einer solchen; der Kernpunkt ihrer Lehre besteht in der Parole, daß der Mensch nur ein Produkt der gegebenen Umstände sei und daß man nur die technischen und sozialen Verhältnisse zu verbessern brauche, um ganz andere Menschen hervorzuzaubern. Gegen diese Pseudowissenschaft müsse nicht nur die Kirche, sondern auch die Wissenschaft Front machen. Er trete dem Referenten in der Geißelung des „praktischen Materialismus" der wohlhabenden Klassen durchaus bei. Die Ueppigkeit derselben im Essen, Wohnen 2c. deute in der That auf eine unrichtige Vertheilung der Güter hin. Da liege eine Rechtsfrage vor, und wenn gefordert werde, daß diese Rechtsfrage dahin abgeändert werde, daß unten mehr und oben weniger und zwar weniger leicht und in weniger häßlicher Form erworben werde, so könne man den Sozialdemokraten nur beipflichten. Wenn man sehe, wie im Herrenhaus man sich als Vertretung der Besitzenden für die 3proz. Einkommensteuer bei großen Einkommen ereifert, so könne man sich nicht wundern, wenn die Sozialdemokratie weitere Fortschritte macht. Er stehe auf dem Standpunkte: Je größer das Einkommen, desto größer die Leistungsfähigkeit. Schließlich rufe er der ganzen Versammlung zu: „Jeder Christ habe die Aufgabe, Rechtsfragen neutral zu beurtheilen, auch wenn deren Entscheidung gegen sein eigenes persönliches Interesse ausfällt".

Das „Zauberwesen" überläßt die Sozialdemokratie dem evangelisch-sozialen Kongresse. Wir wollen keineswegs „ganz andere Menschen hervorzaubern", aber wir sind so überzeugt von der Gesetzmäßigkeit in den scheinbar willkürlichen Handlungen der Menschen, daß wir durch Umgestaltung der materiellen Verhältnisse die großen Uebelstände beseitigen und dadurch auch eine höhere ethische, leibliche, geistige Entwickelung des Menschengeschlechts herbeiführen wollen. Im Uebrigen mögen die Besitzenden die scharfe Kritik Wagner's sich ad notam nehmen!

Was that nun die Versammlung? Sie beschloß, „von der Formulirung bestimmter Thesen Abstand zu nehmen und nur ihre Uebereinstimmung mit den von Professor Hermann entwickelten Grundgedanken auszusprechen". Es wäre auch gefährlich gewesen, so in Bausch und Bogen diese Thesen anzunehmen, d. h. die vierte These . . . Mit der lobenswerthen Vorsicht strebsamer und verständnißfroher Männer verzichtete man in diesem Falle auf solche grundstürzende That und erklärt den Kampf gegen die wirthschaftlichen Ziele der Sozialdemokratie, wie ihn Regierung und bürgerliche Parteien, Kleist-Retzow und Richter, Berlepsch und Huene, Barkhausen und Hitze zielbewußt führen, lieber nicht für „unchristlich". . . .

Die „Kreuz-Zeitung" sagt es recht deutlich:

„Mit der Sozialdemokratie als einer ausgesprochen antichristlichen Weltanschauung giebt es keine Transaktionen und keinen Kompromiß. In dieser Hinsicht ging das erste Referat des Herrn Professors Hermann-Marburg offenbar nicht tief genug. Eine mangelhafte Geschichtsauffassung, die obendrein nicht prinzipieller Natur, sondern nur Agitationsmittel sein soll, wie der Herr Referent meinte, reicht doch nicht aus, einen solchen Haß gegen Christus und seine Kirche zu entzünden, wie er der Sozialdemokratie eignet. Es hat doch seine Bedenken, in der Weise des Prinzen Carolath von dem „Idealismus" der Sozialdemokratie zu sprechen. Wir können an ihr nur den krassesten Materialismus in höchster Potenz entdecken, dessen öde Gesichtszüge durch den Ausdruck des Hasses nur noch abschreckender geworden sind. Der Teufel hat keine Ideale".

Da ist Herr Stöcker ein anderer Mann, so recht nach dem Herzen der Hammerstein und Kropatschek. Er weiß, wie wir im Schlußartikel sehen werden, den Teufel auszutreiben.

Politische Uebersicht.

Berlin, 4. Juni.

Die **Hungerkur** verläuft so ausgezeichnet, daß den Aerzten, welche sie dem allzu üppigen deutschen Volk auferlegt haben, das Herz im Leibe lacht und das Gold in den Taschen klimpert. Der Roggen kostet bereits 210 M. — das heißt 8 M. mehr, als der höchste Preis betrug, ehe die Zollermäßigung amtlich in Frage kam. Der Roggen ist jetzt fast so theuer wie der Weizen; und das deutsche Volk könnte bald in die Lage kommen, den wohlgemeinten Rath des Herrn von Caprivi befolgen zu müssen, und Weizenbrot statt Roggenbrots zu essen. An sich wäre das ja kein schlechter Tausch. Aber der Rath des Herrn von Caprivi erinnert doch gar zu lebhaft an das Wort jener französischen Prinzessin, die „in den guten alten Zeiten", als sie erfuhr, daß das Volk kein Brot habe, mitleidig ausrief: Nun, dann soll es Kuchen essen!

Das Wort ist berühmt geworden, es hat seine Früchte getragen und fehlt in keiner Geschichte der französischen Revolution. —

Die **„Kreuz-Zeitung"** kann sich immer noch nicht beruhigen, daß die Berliner Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat aufgefordert hat, mit ihr gemeinsam den Reichskanzler um Suspension bezw. Aufhebung der Getreidezölle zu ersuchen. Auf das Tiefste jedoch ist das Organ der Junker und Pfaffen darüber gekränkt, daß die Magistrate von Berlin und Frankfurt a. M. sich den Anträgen ihrer Stadtverordneten-Versammlungen angeschlossen und „sich damit in den Dienst der freisinnigen und sozialdemokratischen Demagogie gestellt haben."

Die Verlogenheit, mit welcher die „Kreuz-Zeitung" uns „Demagogie" vorwirft, wird fast noch übertrumpft dadurch, daß diese Behauptung von einem Blatte ausgeht, welches, im Dienste der agrarischen Brotvertheurer stehend, ganz genau weiß, daß die von ihm nicht bekämpfte Suspension der Getreidezölle im Augenblick den Großgrundbesitzern gleichgiltig sein kann, weil keine zum Verkauf bestimmten Vorräthe von Getreide in Händen der Landwirthschaft sind, und deshalb auch der Rückgang der Roggen- und Weizenpreise um den Zoll den Kassen der gräflichen und freiherrlichen Kornverkäufer kein Schaden erwachsen kann.

Nur weil die materiellen Interessen der durch die „Kreuz-Zeitung" vertretenen Agrarier nicht verletzt werden, ertönte in den Spalten der „Kreuz-Zeitung" kein Widerspruch gegen die Suspension der Kornzölle, dagegen macht sich sofort eine Agitation gegen die in dem österreichischen Handelsvertrag vorgesehene Herabsetzung der Zölle geltend, weil es dadurch den Großgrundbesitzern für die Folge unmöglich gemacht wird, den Preis des inländischen Getreides um den bisherigen Betrag des Zolles zu erhöhen.

Wenn also einmal von „Demagogie" die Rede sein soll, dann können wir der „Kreuz-Zeitung" attestiren, daß sie diese Eigenschaft in vollstem Umfange besitzt; demagogisch ist es, wenn die, für die Interessen der junkerlichen Getreidehändler arbeitenden Redakteure der „Kreuz-Zeitung" einer Suspension der Getreidezölle bis zur nächsten Ernte keinen Widerstand entgegensetzen, während sie die dauernde Herabsetzung der Zölle ingrimmig bekämpfen.

Daß die „Kreuz-Zeitung" in ihrem Artikel nebenher noch die Stadtverordneten-Versammlungen wegen ihres Vorgehens denunzirt und das Einschreiten der Regierung wegen Mißbrauchs des Petitionsrechts verlangt, entspricht zu sehr den Gepflogenheiten und der Vergangenheit des Blattes, als daß wir uns darüber wundern könnten; der Geist der Ohm, Gödsche und Pierstig spukt eben noch in den Redaktionsstuben der „Kreuz-Zeitung" herum. —

Zur Beachtung für die Sozial-Hofräthe! Mit welcher Zähigkeit sträubt sich das deutsche Unternehmerthum gegen die Einführung des Normalarbeitstages, wie zaghaft ist die Regierung gegenüber dieser elementaren Forderung der positiven Sozialpolitik! In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der bekannten Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke, welche diesmal eine Dividende von acht Prozent gezahlt hat, hob der Vorsitzende nach dem Berichte der Handelsblätter (vergl. z. B. „Vossische Zeitung", Nr. 212 vom 9. Mai 1891) folgendes hervor: Das gute Geschäftsergebniß für 1890 sei sowohl der günstigen Konjunktur, als dem guten Arbeiterstande zu danken. **„Die achtstündige Arbeitszeit"**, so fuhr er dann fort, **„sei eingeführt und es würde von den Arbeitern dabei fast das gleiche Arbeitsquantum geleistet, als früher in zwölf Stunden."** Diese Erklärung, abgegeben von dem Vertreter einer so bedeutendsten montan-industriellen Unternehmungen, verdient die sorgfältigste Beachtung seitens aller derer, die sich für die Lage der Arbeiterklasse interessiren. Sie ist es werth, in der Arbeiterpresse möglichst verbreitet, in den Versammlungen als guter Beleg für die Wohlthätigkeit und die Durchführbarkeit einer reduzirten Arbeitszeit angeführt zu werden.

Ein Zeugniß von solcher Seite ist unanfechtbar. Man sehe! Nicht blos den Arbeitern kommt die Reform zu Gute, auch die Kapitalisten, die Aktionäre profitiren. Was wir kürzlich aus den Mittheilungen des Schweizer Fabrikinspektors Dr. Schuler über die günstigen Erfahrungen der eidgenössischen Industrie unter dem Zwange des Elfstundentages berichtet haben, findet seine treffliche Ergänzung durch die Mittheilungen des deutschen Werkleiters.

Wie gut die Herabsetzung des Arbeitstages auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter wirkt, die dadurch geistig und körperlich frischer, spannkräftiger, behender werden, springt in die Augen, wenn man die aus solchem Munde doppelt werthvolle Aeußerung erwägt, daß die Arbeitsleistung trotz der Verkürzung der Arbeitszeit um volle vier Stunden fast dieselbe ist, wie früher! Und

---

„Der Steinbauer hat Recht," pflichtete diesem der Jöchlbauer nachdrücklich bei. „Ich sag' nichts gegen den Herrn Zengerl und den Herrn Planta, es sind rechtschaffene Leut'; aber was wir unter uns angefangen haben, das wollen wir auch unter uns zu End' führen."

„Das ist auch meine Meinung," sagte Mutschleitner bedächtig. „Wer unter den Städtischen, den Gestudirten und Edelleuten ein Herz für Tyrol hat, der wird sich uns schon anschließen, wenn wir unsere Büchsen von der Wand nehmen."

„Wenn's nur erst losging!" rief Ambros in sprühender Ungeduld.

„Auch der Tag wird kommen," tröstete Mutschleitner und vertheilte den Rest des Weines. „Für heut wollen wir auseinandergehen. Den letzten Tropfen Wein, den letzten Tropfen Blut für Tyrol und den Kaiser!"

Sie tranken den Toast und schieden mit einem Händedruck von einander. Mutschleitner verschloß hinter ihnen die Hausthür.

Ambros fühlte die Erde nicht unter seinen Füßen. War denn das noch die Kirche von St. Vigil, dort die alten Berge und darüber im Funkeln und Flimmern, so weit sein Auge reichte, die alten Sterne? fragte er sich. Kein Gedanke daran, daß daheim zwei Augen in Kummer und Gram über ihn wachten und weinten!

Auch Hannes wachte in dieser Nacht noch lange in der einsamen Studirstube seines Widdums, die mannigfaltigen Eindrücke des Tages nachfühlend und überdenkend. Er stand an einem Wendepunkte seines Lebens. Das Vertrauen, welches Andere in ihn setzten, überwand sein Mißtrauen gegen sich selbst, seine Fähigkeiten und seinen Muth. Der Zuruf der Leute auf dem Kirchhofe von St. Vigil, daß er ihr Pfarrer werden möchte, wurde für ihn zu Gottes Stimme. Die Seelenqual Stasi's, die sich sündig fühlte und nicht bereuen und beichten konnte, so das Maß ihres Unglücks zum Ueberlaufen füllend, wurde sie nicht vielleicht auch von manchen Andern in der Gemeinde von St. Vigil empfunden, die ebenfalls den Weg zur Befreiung nicht finden konnten, da ihnen der Vikar Lacedelli nicht als echter Priester galt? Er durfte es nicht geschehen lassen, daß sie die Tröstungen und Stärkungen der Religion entbehrten und in ihren Gemüthern verwilderten. Sollte er gegen ihren Ruf taub bleiben, weil demselben die Sanktion der weltlichen Macht gebrach? Wenn er des Pfarramtes in St. Vigil nicht walten durfte: Gottes Tempel war überall, wo ein Priester dessen Wort verkündigt. Und wann hätten die Menschen dieses Wortes dringender bedurft, wann durstiger darnach verlangt, als jetzt unter dem Drucke der bayrisch-französischen Herrschaft. Taub bleiben, hieß, sie an Glauben und Vaterland zugleich verzweifeln lassen; denn beides war für sie eins. Ja, Gottes Stimme hatte ihn gerufen durch den Mund des Volkes. Sein Wille sollte geschehen; er würde mächtig sein in dem Schwachen.

Dritter Band.

Erstes Kapitel.

Kein Schlaf hatte Stasi, wenn auch nur auf Augenblicke, die Herz und Hirn zerwühlende Qual vergessen lassen und sobald es Tag geworden, hatte sie sich geräuschlos vom Bette erhoben und angekleidet. Ambros schlief fest und ein angenehmer Traum hatte den verdrossenen Geist, der sonst auf seinen Brauen thronte, verscheucht. Und jetzt, während sie in der Küche das Frühmahl bereitete was, war das? Sie hörte Ambros in der Stube pfeifen und singen, so heiter wie in der Jugendzeit ihres Glückes. Dann fand sich David zum Frühstück ein und sie hörte ihren Mann mit ihm scherzen und lachen. Er konnte trotz seines schuldigen Gewissens fröhlich sein! Hatte er denn sein gestriges wildes Gebahren gegen sie vergessen? Er hatte es und fühlte sich frei wie der Sperber in den Lüften. Krieg, Kampf und Schlachtgetümmel, wonach er sich als eine Erlösung gesehnt hatte, standen nun ja in bestimmter Aussicht. Als Stasi mit dem dampfenden Mehlmus in die Stube kam, scherzte er auch mit ihr. Da er vergnügt war, verlangte er in seiner naiven Selbstsucht, daß auch sie es sein sollte. Es war ihr, mit dem tiefen Weh im Herzen, unmöglich, auf seinen Ton einzugehen und er wurde verdrießlich, sprach kein Wort weiter, aß schnell sein Frühstück und ging fort. Die Arme fühlte eine Eiseskälte näher und näher zu ihrem Kopf und Herzen dringen, und wünschte, daß sie durch den Tod von ihrem Elende erlöst werden möchte.

Ambros ging zu dem Gamsmanndl nach Monthan. Er mußte Jemand haben, mit dem er über das große Unternehmen, in das er gestern eingeweiht worden war, reden konnte. Als er über den Kirchenplatz kam, sah er den Wagen Arigaya's vor der Thür des Pfarrhauses stehen und dessen Knecht Möbel herausstragen. Vesa machte ihr Wort wahr und räumte die Pfarre. Sie zog aber nicht zu ihrem Bruder; denn sie wollte den regen Verkehr mit den Gevatterinnen von St. Vigil nicht entbehren; dazu lag ihr der Klosterhof zu entfernt und einsam. Sie hatte sich in dem oberen Theile des Ortes ein Stübchen bei dem Färber gemiethet, dessen Haus das stattlichste war. Es zählte drei Stockwerke und seine Außenwände waren mit bunten Schildereien von Engeln und Heiligen bemalt, denen jedoch die Unbill des Wetters übel mitgespielt hatte. Der Abzug war aber für Vesa kein Triumph, wie sie erwartet hatte.

Es wäre gut, das war alles, was der Vikar ihr erwiderte, als sie ihm nach dem Begräbnisse angekündigt hatte, daß sie die Pfarre verlassen würde.

In der Pfarre schaute es nach ihrem Abzuge öde und leer aus. Eine morsche Bettstelle ohne Pfühle, ein Schreibpult, ein kleiner Schrank und das Gestell mit den Büchern, die der Verstorbene Hannes vermacht hatte, waren alles, was Vesa als Inventar der Pfarre zurückgelassen hatte. Alle übrigen Möbel, die Betten, die Vorhänge an den Fenstern, die frommen Bilder von den Wänden waren verschwunden und in der Küche nicht Topf noch Pfanne, nicht Teller, Glas noch sonst irgend ein Geschirr oder Geräth zurückgeblieben. Auch die Magd hatte den Staub des Pfarrhauses von ihren Schuhen geschüttelt. Der Vikar mußte lachen. Seine Lage war aber übel genug. Er mußte sein Mittagsmahl im Stern nehmen, wie es der Zufall gerade bot und Frau Mutschleitner ließ sich nur nach langem Sträuben durch ihren Mann bewegen, der ihr aus Klugheitsrücksichten zuredete, für den Verlassenen zu kochen, bis er sich seine Wirthschaft eingerichtet haben würde. (Forts. folgt.)

trotzdem die segensreiche Wirkung des Normal-Arbeitstages feststeht, trotzdem seine Einführung auf die Dauer der Industrie nur Nutzen bringt, sträubt sich die kurzsichtige Profitschnapperei unserer rückständigen Fabrikbarone, wohl assistirt durch die sozialpolitischen Geheimräthe, gegen jede Reform. —

Der Bochumer Steuerprozeß, welcher am Montag begonnen, läßt bereits nach den ersten Zeugenvernehmungen die von dem angeklagten Redakteur der ultramontanen „Westfälischen Volksztg.", Fusangel, erhobenen Beschuldigungen als im Wesentlichen erwiesen erscheinen. An dreißig Personen, der Magistrat und die Mitglieder der Einschätzungskommissionen, haben Strafantrag gegen den Angeklagten gestellt, und es sind nicht weniger als 182 Artikel inkriminirt. Der Angeklagte dürfte nach der üblichen Praxis einer Verurtheilung nicht entgehen. Denn gelingt es ihm auch, im Großen und Ganzen den Wahrheitsbeweis zu führen, so wird doch manche Einzelheit sich als Irrthum oder übertrieben herausstellen, manche Schlußfolgerung wird als nicht erwiesen betrachtet werden, und vor allen Dingen wird so manche Aeußerung, die zwar nur in der Polemik zur Abwehr der gegen den Angeklagten in der gegnerischen Presse gerichteten Schmähungen gethan ist, als an und für sich beleidigend erachtet werden. Wenn die Enthüllungen Fusangel's schon ein gutes Stück Korruption aufdecken, so wird dieser noch ein ganz besonderes Gepräge dadurch aufgedrückt, daß selbst solche Personen sich nicht scheuten den Strafantrag zu stellen, die als Zeugen selber die Wahrheit der gegen sie erhobenen Beschuldigungen anerkennen müssen. Da finden wir als schwergekränkten Strafantragsteller den Stadtrath Schücking. Der Angeklagte hatte von diesem behauptet, daß er auf 8—9000 M. Einkommen eingeschätzt sei, während er ein thatsächliches Einkommen von 54 000 M. habe. Mit Hängen und Würgen giebt der Herr Stadtrath als Zeuge zu, daß er ein Einkommen von 35 000 M. und vielleicht noch etwas mehr habe! Als Strafantragsteller und Zeuge fungirt da ferner der Direktor der Aktiengesellschaft Zeche Dannenbaum, Frielinghaus, der zugleich Mitglied der Einschätzungs-Kommission ist. Er war auf 8500 M. abgeschätzt, und giebt zunächst zu, daß er ein steuerbares Einkommen von 11 000 M. hatte. Auf Befragen, was er unter steuerbarem Einkommen verstehe, erklärt er, daß er ein Einkommen von 14 000 M. habe, wovon er aber 3000 M. als Geschäfts- und Repräsentationskosten in Abzug bringen müsse. Er hat dann auch noch, wie er zugesteht, eine Extra-Einnahme, eine Abfindungssumme von 45 000 M. und überdies ein Honorar von 5000 M. bezogen. Ein Bergassessor und Stadtverordneter Hoffmann ist mit 8000—9000 M. abgeschätzt und soll nach Fusangel ein Einkommen von 54- bis 60 000 M. gehabt haben. Er giebt zu, daß er zu gering abgeschätzt ist, aber er will nicht annähernd die Hälfte des vom Angeklagten behaupteten Einkommens gehabt haben. Nun die Hälfte ist immer noch mehr als das Dreifache der abgeschätzten Summe. Dr. Nieden bestätigt, daß er auf 12 000 M. abgeschätzt sei, aber ein doppelt so hohes Einkommen beziehe. Der Ober-Bürgermeister von Bochum, Bollmann, bekundet, daß die Abschätzungen mit größter Unparteilichkeit vorgenommen seien; von den Einnahmen, welche die Aufsichtsräthe des Bochumer Gußstahlvereins bezogen, hatte er keine Ahnung, eine Aufforderung an diesen um Auskunft über die Einnahmen seiner Beamten sei abgelehnt worden. Der Bochumer Gußstahlverein nimmt eine dominirende Stellung in Bochum ein, ihre Direktoren und Aufsichtsräthe treiben den höchsten Aufwand, sie bilden die crême der dortigen Gesellschaft, aber ihre Einnahmen sollten so in Dunkel gehüllt sein, daß man auch nicht einen annähernden Begriff von denselben haben sollte?

Kurz — ist der Prozeß auch noch nicht beendigt, so sind die Herren Großbourgeois, welche die Hatz gegen Fusangel in Szene setzten, doch schon gerichtet. Und das ist jenes Muster-Geldprotzenthum, das sich an die Spitze der Bewegung gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter gestellt hat, den Arbeiter Tugend und Moral predigen will und über die „Begehrlichkeit der Arbeiter wimmert! „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen". —

Dem Beispiel des österreichischen ist jetzt auch der preußische Justizminister in einem Erlaß gefolgt, welche die **Aufsicht der Gewerbe-Inspektoren** über die gewerbliche Beschäftigung der Gefangenen regelt. Darnach ist, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet, dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu gestatten, die in den Strafanstalten gewerblich beschäftigten Sträflinge sowohl, wie auch die Werkführer und Arbeitsaufseher betreffs des Arbeitsbetriebes zu befragen; es hat das jedoch unter Anwesenheit eines Straf-Anstaltsbeamten und in solcher Weise zu geschehen, daß weder die Autorität des letzteren, sowie der Aufseher beeinträchtigt, noch die Disziplin gelockert wird. Daher sollen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten nicht in Gegenwart der Sträflinge ihre Meinung weder über das Verhalten der Arbeitsaufseher, noch über Verpflegung oder sonstige nicht direkt zum Arbeitsbetriebe der Strafanstalts-Verwaltungen oder den Aufsichtsinstanzen kund geben. — Der Justizminister scheint beinahe zu erwarten, die Gewerbe-Inspektoren würden sehr viel über den Arbeitsbetrieb in den Strafanstalten zu sagen haben. —

Eine sehr treffende Kritik unserer **„höheren Stände"** findet sich in einer Schrift des Straßburger Professors Ziegler („Die soziale Frage eine sittliche Frage"). Es heißt da S. 178:

„Mit erschreckender Deutlichkeit ist in der jüngsten Vergangenheit in unseren höheren Ständen, in unseren leitenden Kreisen ein zunehmender Charaktermangel zum Vorschein gekommen. Wir haben nicht mehr den Muth, zu unserer eigenen Meinung zu stehen, wir sehen immer erst nach oben und fragen, ob auch genehm ist und gerne gesehen wird, was wir sagen und thun; es fehlt uns das Bewußtsein der Selbständigkeit und die Kraft der Rücksichtslosigkeit, welche auch vor dem Stirnrunzeln eines Vorgesetzten, vor der Ungnade eines Präsidenten oder Ministers, eines Mächtigen und Fürsten nicht feige Halt macht und ängstlich zurückweicht. Unsere vielgerühmte Schneidigkeit schneidet immer nur noch nach der ungefährlichen Seite hin, und seit wir das Wort so viel im Munde führen, sind wir zwar vielleicht brutaler nach unten, aber auch devoter nach oben geworden, und ein Geist des Streberthums und byzantinischer Knechtschaffenheit frißt am Kern und Mark unseres Volksthums."

Stimmt! —

Die Nationalliberalen jubeln über den „großartigen Erfolg" ihres Todtentanzes. Nur, daß die Einen diesen „Erfolg" in dem genauen Gegentheil dessen erblicken, worin die Anderen ihn sehen. „Die Partei hat sich für Bismarck erklärt" — jubeln die Einen, — „sie hat sich nicht für ihn erklärt — sie war charakterfest", — jubeln die Anderen. Nun — Beide haben recht. Für die gewöhnlichen Menschen gab es nur eine Wahrheit: Für **oder** gegen Bismarck. Die nationalliberalen Mannesseelen haben eine dritte — praktischere Lösung gefunden: Für **und** gegen Bismarck. —

Das nationalliberale enfant terrible **Hans Blum** schimpft in der „Magdeburger Zeitung" mörderisch auf Liebknecht, weil dieser die Fälschung der Emser Depesche nachgewiesen. Daß die Fälschung keinen anderen Vertheidiger gefunden hat als diesen, ist freilich sehr lehrreich. Er hat übrigens durch seine Ausplaudereien in dieser Angelegenheit so kompromittirendes Material geliefert, daß wir ihm seine Wuthausbrüche gerne verzeihen. Liebknecht wird ihm für die neuesten Schimpfartikel in der zweiten Auflage des Schriftchens über die Emser Depesche*) das Nöthige besorgen. Einstweilen sei zur Charakteristik des Mannes folgendes aus sächsischen Blättern (z. B. „Chemnitzer Presse" vom 3. d. Mts.) abgedruckt:

„Leipzig. Ein hiesiger Rechtsanwalt führte für eine Partei einen Preßprozeß gegen einen Redakteur. In den Akten fand sich, daß der Redakteur eine kurze Zeit als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hatte, ohne die preßgesetzlich vorgeschriebene Volljährigkeit zu besitzen. Das Gericht nahm von dieser begangenen Uebertretung keine Notiz. Aber der Rechtsanwalt setzte sich hin und denunzirte seinen Prozeßgegner der Staatsanwaltschaft. Daraus wurde der Redakteur zu acht Tagen Haft verurtheilt. Der Rechtsanwalt war der ehemalige nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Dr. Hans Blum, der Sohn des unvergeßlichen Robert Blum." —

„Oesterreich ist hinter dem übrigen Europa immer um einen Gedanken, einen Marsch und einen Posttag zurück" — sagte schon vor 100 Jahren ein Franzose — Rivarol — und er hat das offizielle Oesterreich richtig gekennzeichnet. Immer zu spät! könnte als Motto vor der österreichischen Geschichte stehen. „Immer zu spät", — und als Illustration dazu das Münchhausen'sche Posthorn, in dem die Töne einfroren, so daß sie erst herauskamen, wenn kein Mensch mehr daran dachte und es die möglichst unpassende Zeit war. Bei unseren neuesten Nachrichten aus Oesterreich, die der Leser an anderer Stelle findet, fällt uns auch jenes berühmte Bild aus dem Jahre 1859 ein, welches die österreichischen Soldaten mit Löwenköpfen und die Generäle ohne Kopf darstellte. Und die österreichischen Staatsmänner haben sich zu allen Zeiten redlich bemüht, es in dieser Beziehung den österreichischen Feldherren gleichzuthun.

Der „Temps", das Pariser Blatt, welches die sogenannte „öffentliche Meinung" **Frankreichs** am besten abspiegelt, sagt von der Caprivi'schen Rede: „Es hat den Anschein, als habe die Regierung, vor dem ersten etwas drohenden quos ego! (ich will Euch!) des Fürsten Bismarck den Rückzug angetreten". (fuit une reculade.) Daß eine solche — übrigens in der ganzen Welt verbreitete — Auffassung dem Ansehen der deutschen Regierung nicht förderlich ist, das wird Herr von Caprivi selbst zugeben müssen. —

In der französischen Kammer ist eine Gesetzesvorlage eingebracht worden, welche für die Bediensteten der öffentlichen Transportbetriebe den 12stündigen Normal-Arbeitstag festsetzt. Aus den uns vorliegenden Nachrichten ist nicht zu ersehen, ob auch die Eisenbahn-Bediensteten einbegriffen sind. Zwölf Stunden ist zwar noch viel zu viel, aber immerhin doch besser, als die unbegrenzte Arbeitszeit, welche bis jetzt für die Transport-Betriebsbeamten aller Länder herrscht. —

In **Belgien** soll der Bergarbeiter-Ausstand im Charleroi-Becken noch fortdauern. Daß er mit der Stimmrechts-Bewegung nichts zu thun hat, sagten wir schon früher. — Der belgischen Kammer liegt ein Gesetzentwurf vor, nach welchem „Eingriffe in die persönliche Freiheit der Arbeiter" mit 6 Monaten Gefängniß bestraft werden sollen. Das Räthsel dieser schwerbegreiflichen Fürsorge für die „Freiheit der Arbeiter" löst sich sofort, wenn wir erfahren, daß jeder Versuch, den Arbeiter über sein Verhältniß zum Arbeitgeber aufzuklären und für die Besserung seiner Lage eintreten zu lassen, ein „Eingriff in die persönliche Freiheitdes Arbeiters" ist. Eine neue Roland**) würde beim Anblick der Freiheitsgöttin ausrufen: „O Freiheit, welche Komödie wird mit dir gespielt!" —

Aus **Rußland** wird zur Abwechselung ein Bauernaufstand gemeldet. Es kracht eben überall im Musterlande des Polizei- und Militärdespotismus. —

„Die Niobe der Nationen", die Smaragd-Königin Erin, ist noch immer vom Schicksal verfolgt. Sie gebärt ihre Kinder nur um sie von feindlichen Mächten weggerafft zu sehen. Nach den soeben veröffentlichten Zensusberichten hat die Bevölkerung Irlands in den letzten zehn Jahren um 486 000, also nahezu eine halbe Million abgenommen! Jeder Kommentar wäre schwächlich neben dieser gewaltigen, erschütternden Beredtsamkeit dieser Thatsache. —

Aus **New-York** schreibt man uns unterm 22. Mai: Wider Erwarten ist es auf der „National-Union-Konvention" zu Cincinnati, die von über 1400 Delegaten besucht war, dennoch zur Bildung einer neuen Partei gekommen. Diejenigen Staaten und Territorien, in denen die Farmer von einer solchen nichts wissen wollen, sondern zu einer der alten Parteien halten, waren entweder gar nicht oder nur sehr schwach vertreten. Die Alliance farbiger Farmer hatte keinen einzigen Vertreter geschickt, ebenso wenig die „Bürger-Alliance". Die Gegner einer neuen Parteibildung wurden gleich im Beginne, als der Antrag einer solchen gestellt wurde und sie opponirten, niedergeschrieen, und so wurde denn die „Ver. Volkspartei" (United Peoples Party of the United States of America) in die Welt gesetzt. Bei Lichte betrachtet, ist es genau dieselbe Parteibildung, wie die der „Greenbäckler" in den siebziger Jahren; auch in Bezug auf die Stellung, welche die neue Partei gegenüber den Arbeiterinteressen einnehmen wird (ganz abgesehen von den ländlichen Arbeitern). Das zeigte sich schon auf der Konvention. Es waren außer den Vertretern der Knights auch solche von andern Arbeiterorganisationen in einzelnen Staaten und Städten anwesend, welche in den Komitee's Sitz und Stimme haben wollten. Darüber ging man aber ohne Weiteres hinweg und beschloß, daß von jedem Staat ein Delegirter in jedes Komitee gewählt werden solle. Das gab also von vornherein dem Liebesbund zwischen industriellen Arbeitern und ländlichen Arbeitgebern eine kalte Douche. Und es ist nicht anzunehmen, daß die Farmer sich entschließen, den mageren Brocken, welche den industriellen Arbeitern im Programmentwurf zugemessen wurden, noch wesentliche hinzu zu fügen. —

Nach einem Telegramm aus **New-York** wollen die dortigen Bankiers zu einem „Syndikat" zusammentreten, das den Geldmarkt beherrschen und den Zinsfuß diktiren soll. Nun — es ist die alte Geschichte; der einzelne Wolf fühlt sich nicht mehr stark genug, und so thun denn die Wölfe sich zu Rudeln zusammen, die man in der Kunstsprache Kartelle, Trusts, Korners, Syndikate, und auf deutsch Unternehmerverbände nennt. Zum Glück ist der Geld- und Weltmarkt zu groß, um auch von den größten Rudeln beherrscht oder geleitet werden zu können. Nur rauben können sie, — und mit dem Krug zum Brunnen gehen, bis er bricht. —

Ein Kriegsschiff der **Chilenischen** „Insurgenten" hat über ein Geschwader der legitimen Regierung einen Seesieg davongetragen. Die Insurgenten werden wohl bald „legitim" sein. —

*) Die Emser Depesche oder wie Kriege gemacht werden. Von W. Liebknecht. Nürnberg. Wörlein u. Komp. 1891.

**) Madame Roland, die Girondistenführerin, soll auf dem Wege zum Schaffot beim Anblick der steinernen Freiheitsgöttin gesagt haben: „O Freiheit, wie viele Verbrechen werden in deinem Namen verübt!" Es ist aber nicht wahr — nämlich, daß sie es gesagt hat.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

95. Sitzung vom 4. Juni. 11 Uhr.

Am Ministertische: von Bötticher, Dr. Miquel, Herrfurth, Graf Zedlitz und Kommissare.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung der Sperrgesetz-Novelle.

In der Generaldiskussion stellt

Abg. **Rickert** (dfr.) gegenüber mehrfachen Angriffen, die ihm wegen seiner Ausführungen bei der zweiten Lesung geworden, fest, daß schon in den Motiven zum Sperrgesetze vom Jahre 1875 ausgesprochen worden sei, daß eine Rückgabe der gesperrten Gelder erfolgen solle, sobald der Frieden mit der katholischen Bevölkerung hergestellt sein würde. Dieser Fall sei jetzt eingetreten und man gehe von protestantischer Seite zu weit, wenn man behaupte, daß die Staatsregierung einen Rückzug mit dieser Novelle gethan habe.

Weitere Diskussion erhebt sich nicht, die Novelle wird angenommen, ebenso ohne jede Diskussion der Gesetzentwurf, betreffend das Verbot des Privathandels mit Staats-Lotterieloosen. (Antrag Korsch.)

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die außerordentliche Armenlast.

Der dem Herrenhause in Form einer Novelle zum Unterstützungswohnsitz-Gesetz vorgelegte Gesetzentwurf bezweckt, die im § 31 des Ausführungsgesetzes vom 8. März 1871 statuirte Befugniß der Landarmenverbände, die Kosten der außerordentlichen Armenlast den Kommunalverbänden abzunehmen, zum Theil in eine Verpflichtung umzuwandeln; nur zum Theil, denn während die Beschaffung der nöthigen Anstalten für hilfsbedürftige Geisteskranke, Idioten, Epileptische, Taubstumme und Blinde, sowie die Tragung der allgemeinen Verwaltungskosten dieser Anstalten dem Land-Armenverbande obliegen soll, werden die sonstigen Kosten dieser Anstaltspflege dem Orts-Armenverbande mit 1/3 und dem Kreise, welchem Letzterer angehört, mit 2/3 zur Last gelegt.

Die Kommission hat die Beschlüsse des Herrenhauses mehrfach abgeändert.

Zu Art. I, § 31 a beantragt

Abg. **Trawe** (frs.) einen Zusatz dahin, daß, wenn das dem Orts-Armenverbande zur Last fallende Drittel in einem Jahre 25 pCt. der von demselben aufzubringenden Staatssteuern übersteigt, der Kreis auch diesen Mehrbetrag zu übernehmen habe.

Nach kurzer Diskussion, in welcher der Minister des Innern, Herrfurth, diesen Antrag als unnöthig und schädlich bekämpft, wird der Antrag vom Antragsteller wieder zurückgezogen und der § 31a mit einem vom Abg. Wessel (frk.) gestellten Antrage angenommen, welcher neben den Bestimmungen der Vorlage über die Erstattungspflicht auch die freie Vereinbarung der Land-Armenverbände mit den erstattungspflichtigen Orts-Armenverbänden zuläßt.

Nach § 31 können Kreise und Orts-Armenverbände mit Genehmigung des Oberpräsidenten auch in Zukunft die Fürsorge für hilfsbedürftige Geisteskranke, Idioten 2c. in eigenen Anstalten übernehmen.

Abg. **Dr. Würmeling** (Ztr.) beantragt, das Wort „eigenen" zu streichen.

Abg. **v. Rauchhaupt** (kons.) bekämpft diesen Antrag, der das eigengeschaffene Verpflegungssystem vollständig durchlöchern würde, wenn es zulässig sein sollte, daß große Verbände sich von der Benutzung der durch die Vorlage geschaffenen Provinzialanstalten frei machen können, ohne eigene Anstalten zu haben.

Minister **Herrfurth** stimmt diesen Ausführungen zu. Es könnte einigen Kommunalverbänden einfallen, gerade zu einer Zeit die Kranken in Privatanstalten unterzubringen, wo die Provinzialanstalt stark mit Verpflichtungen belastet sei; dem müsse vorgebeugt werden.

Abg. **Dr. Langerhans** (dfr.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag Wuermeling, da mit der Streichung des Wortes „eigenen" die ganze Wohlthat des Gesetzes in Frage gestellt würde, wonach die Land-Armenverbände die Fürsorge für die Hilfsbedürftigen übernehmen müssen.

Der Antrag Wuermeling wird indessen angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes mit Art. IV, wonach das Gesetz am 1. April 1893 (statt 1892 nach der Vorlage) in Kraft treten soll.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet die zweite Berathung der Novelle zum Gesetze, betreffend die Pensionirung der Gemeindebeamten in den Landgemeinden der Rheinprovinz.

Die Kommission empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage und das Haus beschließt ohne Diskussion diesem Antrage gemäß.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Zweite Berathung des Rentengüter-Gesetzes.) Schluß 1¼ Uhr.

Theater.

Freitag, den 5. Juni.

Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Berliner Theater. Goldfische.
Deutsches Theater. König Heinrich IV.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Geschlossen.
Wallner-Theater. Der verlorene Sohn. Vorher: Das Modell.
Adolph Ernst-Theater. Der Herrgottschnitzer von Oberammergau.
Belleallianee-Theater. Tricoche und Cacolet.
Ostend-Theater. Berlin unter Wasser.
Saison-Theater. Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Passage-Panopticum.
Unter den Linden 22/23.

Knabe mit 2 Köpfen.
Indier mit 4 Armen, 4 Beinen.
Bartdame.
Vitreo ist Coaks, Glas, alte Stiefel etc. etc.
Spezialitäten-Theater v. 6—10 Uhr.
Geöffnet von Morgens 10 Uhr.

Castan's Panopticum.
Jetzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Lappländer
aus den nordischen Schneegebirgen.
Ohne Extra-Entree!
Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Entree **50 Pf.** Kinder **25 Pf.**

Moabiter Gesellschaftshaus
Alt Moabit 80—81.
Artistische Leitung **Wilhelm Fröbel.**
Täglich **Gr. Konzert.**
Spezialitäten-Vorstellung.
Großer Erfolg
des neu engagirten sensationellen **Künstler-Personals.**
Kolossaler Jubel
der urkomischen Pantomime
Die lustigen Schneider.
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Entree 30 Pf. Reservirter Platz 50 Pf. — Kaffeeküche ist geöffnet.
Volksbelustigungen aller Art.
Sonntag, Montag, Mittwoch
Grosser Ball.
Helmuth Peters.

Rheinländischer Tunnel.
Concert-Salon u. Restaurant.
Berlin N., Elsasserstrasse 73,
gegenüber der Bergstraße.
Der **Gambrinus-Salon** und das **Photographische Atelier** sind neu eingerichtet.
Jeder Gast,
auch wenn derselbe für nur 10 Pf. verzehrt,
wird gratis photographirt!
Höchst scherzhaft. Großer Jubel!
Vorzügliches Lagerbier,
à Seidel 10 Pf.
H. Schultze (mit'n ⚲).

Ein **Vereinszimmer**, 20—30 Personen fassend, ist noch einige Tage in der Woche frei Reichenbergerstr. 73a, Restauration.

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Lacke'schen Markt. [746

Bringe meinen Freunden u. Genossen meine **Rind- u. Schweineschlächterei** in freundliche Erinnerung.
Zentral-Markthalle Stand 148.
527 L **Carl Aurin.**

Für Gesinnungsgenossen empf. mein großes Lager v. Schuhen u. Stiefeln mit **Kontrollmarke. G. Jerbe,** Ritterstr. 114.

Leseklub „Karl Marx"

veranstaltet am **Sonntag, den 19. Juli,** eine

Landpartie per Kremser nach Schmöckwitz.

Fahrpreis pro Person hin und zurück **1,50 M. Kinder frei. Abfahrt Mariendorferstr. 10 früh Punkt 7 Uhr.** Um die Zahl der Theilnehmer feststellen zu können, sind Billets **nur** bis Dienstag, den 9. Juni, Abends, an folgenden Stellen zu haben: Restaurant **Grube,** Mariendorferstraße 10; **Wilschke,** Zigarrenhandlung, Katzbachstr. 1 und Junkerstr. 1; Restaurant **Luhm,** Brandenburgstr. 11. 354/20

Achtung! Kollegen! Freunde!

Der **Verband der Möbelpolirer** macht am **7. Juni** eine

Dampferpartie nach Schmöckwitz

(Restaurant „Zur Palme").

Abfahrt früh 7 Uhr von der Jannowitz-Brücke. Billets à Person 1 M. 25 Pf., Kinder 25 Pf. sind nur noch bei Herrn Henke, Blumenstr. 38, zu haben.
NB.: Die dortige Lokalkommission hat nichts gegen das Lokal einzuwenden.
1177b J. A. **H. Schulz,** Rüdersdorferstr. 45.

Arbeiter-Sänger-Bund

Berlins und Umgegend.

Uebungs-Stunde

am Sonntag, den 7. Juni, Vormittags 9 Uhr, im „Feen-Palast", Burg- und St. Wolfgangstrassen-Ecke.
Sämmtliche Bundesnoten sind mitzubringen. Einlaß nur durch Mitgliedskarten.
NB.: Die Ausschuß-Mitglieder werden ersucht, am Platze zu sein, da nach der Uebungsstunde die Wahl des Bundes-Dirigenten stattfindet.
105/11 **Der Vorstand.**

Achtung! Putzer. Achtung!

Allen Kollegen, welche sich in der letzten öffentlichen Versammlung in die Listen eingezeichnet haben, zur Nachricht, daß die Ausgabe der Legitimationskarten zur konstituirenden Verbands-Versammlung vom Sonntag, den 7. d. M. ab stattfindet und zwar für die Mitglieder des Fachvereins am Sonntag in der Vereins-Versammlung, für alle Uebrigen in der nächsten öffentlichen Versammlung. 246/16

J. A. der Vertrauensmänner: **F. Förster.**

Versammlung

des Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen

am Sonntag, den 7. Juni, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.

Tagesordnung: **Wissenschaftlicher medizinischer Vortrag von Herrn Dr. Guttmann.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nach der Versammlung **geselliges Zusammensein. Gäste sind willkommen.** Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt. 1171b

Montag, den 22. Juni, findet bei Keller in der Bergstraße die zweite Wanderversammlung statt. **Der Vorstand.**

Große öffentliche

Militärschneider-Versammlung

mit Frauen

Sonnabend, den 6. Juni, Abends 8½ Uhr, bei **Beyer,** Neue Grünstr. 14.

Tages-Ordnung:

1. Die naturelle Entwickelung der Arbeiterbewegung. Referent: Kollege Timm. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten der Streik-Kontrollkommission. 4. Stellungnahme zu den Beschlüssen dieser Kommission und Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Uniformschneiders, zu erscheinen.
223/11 **Der Einberufer.**

Achtung, Moabit!

Große Versammlung des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins

(Filiale Moabit) 102/22

am Sonnabend, den 6. Juni, Abends 8 Uhr, bei Ilge, Wilsnackerstraße Nr. 63.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Regierungs-Baumeisters Keßler über: Der Papst und die Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder, Wahl der Bevollmächtigten. 4. Verschiedenes. Herren als Gäste sind eingeladen. Nach der Versammlung **geselliges Beisammensein und Tanz.** Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Achtung, Stellmacher!

Große Versammlung

des Fachvereins der Stellmacher Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 7. Juni, Vormittags 9½ Uhr, bei Zemter, Münzstraße 11 (großer Saal).

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Die Fach-Zeichenschule, event. Gründung. 4. Gewerkschaftliches, Verschiedenes. Es ist Pflicht jedes Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

NB. Den Kollegen und Freunden zur Nachricht, daß der

1. Sommernachts-Ball

des Gewerks am **Sonnabend, den 13. Juni 1891,** im **Elysium** stattfindet, arrangirt vom Fachverein der Stellmacher zum Besten des Unterstützungsfonds. Für die Familien ist der Garten von 4 Uhr an geöffnet. Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. Billets sind in allen mit Plakaten belegten Lokalen und bei nachstehenden Komiteemitgliedern zu haben: Meßmann, Schönhauser Allee 80, 1 Tr.; Cäsar, Thurmstr. 82, 1 Tr.; Habermann, Stralsunderstr. 69, 4 Tr.; Lange, Zwinglistr. 20, Hof 3 Tr.; Schubert, Brunnenstr. 38, 3 Tr.; Vogt, Falckensteinstr. 25, 1 Tr.; Henze, Borsigstr. 32, Quergebäude 1 Tr. Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
285/12 **Das Komitee.**

Fachverein sämmtlicher in der Musikinstrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter.

(Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter.)

Vereins-Versammlung

am Sonnabend, den 6. Juni, Abends 8½ Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakob-Straße Nr. 48 a.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über die Schwindsucht und ihre moderne Behandlungsmethode.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheit, Verschiedenes. 375/6

Der Vorstand.

Gegen die Kornzölle!
Für billiges Brot!

Freitag, den 5. Juni 1891, Abends 8 Uhr:

Volks-Versammlungen.

I. Reichstags-Wahlkreis:
Im **Feen-Palast,** an der Börse.
Referent Reichstags-Abgeordneter **J. Auer.**

II. Reichstags-Wahlkreis:
In der **Tivoli-Brauerei** am Kreuzberg.
Referent Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer.**

III. Reichstags-Wahlkreis:
In der **Berliner Ressource,** Kommandantenstr. 57.
Referent Reichstags-Abgeordneter **W. Liebknecht.**

IV. Reichstags-Wahlkreis:
a) In **Joël's Salon** am Andreasplatz.
Referent Reichstags-Abgeordneter **Franz Tutzauer.**

b) Im **Elysium,** Landsberger Allee.
Referent **Richard Fischer.**

V. Reichstags-Wahlkreis:
In **Lips' Brauerei** am Friedrichshain.
Referent Reichstags-Abgeordneter **Max Schippel.**

VI. Reichstags-Wahlkreis:
a) In der **Volks-Brauerei,** Alt-Moabit 47—49.
Referent Reichstags-Abgeordneter **August Bebel.**

b) Im Lokale des Herrn **Reichert,** Müllerstraße 7.
(Nicht, wie gestern bekannt gemacht, im Wedding-Park, Müllerstraße.)
Referent Reichstags-Abg. **Arthur Stadthagen.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Kornzölle u. die Reichsregierung.

* * *

Nachdem der Reichskanzler vor wenigen Tagen erklärt hat, daß trotz der gegenwärtigen hohen Getreidepreise die Zölle in ihrer bisherigen Höhe weiter bestehen bleiben, gilt es, im Namen des werkthätigen Volkes dagegen Protest zu erheben. Wir laden daher alle Jene, die ein Interesse daran haben, daß nicht zu Gunsten einer handvoll Großgrundbesitzer und Getreidewucherer den breitesten und ärmsten Schichten des Volkes das wichtigste Nahrungsmittel noch weiterhin künstlich vertheuert werde, höflichst ein, zahlreich in diesen Versammlungen zu erscheinen und diesem Proteste sich anzuschließen.

Die Einberufer.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 3.

In neuer Auflage erschien soeben:

Daniel in der Löwengrube

Von

Heine II.

Verfasser des „Neues Wintermärchen".

3. Auflage.

4 Bogen 8. Preis elegant broschirt 30 Pfennig.

Die

Marseillaise des Christenthums

Von

Dr. Friedrich Krasser.

Einzelpreis 5 Pfennig. 100 Exemplare für 3 Mark.

Beide Novitäten sind den Parteigenossen bestens bekannt, und hoffen wir, daß dieselben in den vorliegenden neuen Auflagen sich gleicher Beliebtheit erfreuen werden, wie die früheren.

Wiederverkäufern gewähren wir Rabatt!

Verantwortlicher Redakteur: R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Bei.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 128. Freitag, den 5. Juni 1891. 8. Jahrg.

Ein Sozialistengesetz in Oesterreich.

Graf Taaffe hat das Unmögliche geleistet, er hat alle Welt durch einen reaktionären Akt verblüfft. Es giebt keine Sorte von brutaler Willkür, von bornirter Polizisterei, auf welche man in Oesterreich nicht gefaßt wäre und doch hat der „österreichische Bismarck“ es verstanden, alle Erwartungen zu übertreffen: Die Regierung hat gestern eine Gesetzesvorlage, womit „Bestimmungen gegen gemeingefährliche sozialistische Bestrebungen getroffen werden“, dem Reichsrathe vorgelegt.

Den Inhalt dieser Vorlage kennt heute noch Niemand und man weiß nur, daß sie ein Abklatsch des gleichnamigen Entwurfes vom Jahre 1885 ist, welcher es unter dem Banne der allgemeinen Entrüstung, welche seine unglaubliche Härte hervorrief, nicht einmal zur ersten Berathung im Parlamente brachte, sondern sang- und klanglos verschwand. Wie es möglich ist, daß der Wortlaut einer Regierungsvorlage mehrere Tage lang unbekannt bleibt, ist nur dem Kenner des österreichischen „Parlamentarismus“ begreiflich zu machen. Es ist aber ganz charakteristisch und verdient hervorgehoben zu werden, daß die Regierung beabsichtigte, die Vorlage über das Sozialistengesetz ohne erste Lesung im Abgeordnetenhause einzuschmuggeln und sie ohne das unangenehme Aufsehen, welches eine öffentliche Diskussion hervorruft im Schooße einer Kommission landen zu lassen. Nur dem Zufalle ist es zu verdanken, daß der Abgeordnete Pernerstorfer von dem sauberen Plane Wind bekam und ihn durch seinen Einspruch vereiteln konnte. Die österreichische Regierung versteht es zu zeigen, daß ihre Brutalität von ihrer Feigheit beinahe übertroffen wird.

Wir begreifen es ja vollständig, daß Graf Taaffe meint, „es müsse etwas geschehen“. Trotz aller Kujonirungen, trotz einer beispiellosen Handhabung der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, trotz des „Ausnahmszustandes“ in Wien und Umgebung — die österreichische Arbeiterbewegung geht mit Riesenschritten vorwärts, die Sozialdemokratie hat es verstanden, mit allen jenen Hemmnissen fertig zu werden, ist zu einem Faktor des politischen Lebens geworden und gewinnt von Tag zu Tag festeren Boden im Proletariat. Dazu kommt, daß durch die umsichtige Taktik unserer Partei alle jene Nörgeleien, alle jene Polizistenkniffe vor der Oeffentlichkeit im richtigen Lichte erscheinen, nämlich als gänzlich erfolglose, ohnmächtige Brutalität. Insbesondere war es das Eingreifen der Sozialdemokratie in die Wahlbewegung, welches ihr eine ganz ungeahnte Reihe moralischer Siege verschaffte.

Unter diesen Umständen mußte der Antrag Pernerstorfer im Reichsrathe, die Regierung sei aufzufordern, den Ausnahmezustand aufzuheben, einen ganz selbstverständlichen Erfolg haben und die Regierung und ihre sachmännischen Autoritäten, die Polizisten, plagen sich im Ausschusse ab, die lächerlichsten Redensarten vorzubringen, um das Fortbestehen „anarchistischer Bestrebungen“ in Oesterreich irgend einem unwissenden Parlamentarier glaubhaft zu machen. Der Ausnahmszustand wird fallen müssen, und Graf Taaffe machte mit dem „Sozialistengesetz-Entwurf“ nur noch einen letzten Versuch, ihn zu retten. Nach den bewährten Regeln der Bauernschlauheit: „Dumm sind wir, aber pfiffig auch“, wollte er die Aufhebung des Ausnahmszustandes von der Annahme des Sozialistengesetzes abhängig machen, wenn ihm sein Taschenspieler-Kunststück geglückt wäre. Da das vereitelt wurde, wird er wohl in den sauren Apfel beißen müssen. Denn, ein so reaktionäres Parlament die letzten Wahlen ergeben haben, — die Annahme des Sozialistengesetzes ist selbst in diesem Parlamente unmöglich. Insbesondere seit der behördliche Schutz durch die Polizeipraxis der böhmischen Statthalterei die regierungsfreundlichen Alttschechen zu Tode protegirt hat, findet sich keine Majorität für ein Gesetz, welches das Parlament nicht nur der Verachtung des Volkes, sondern zugleich der Lächerlichkeit preisgeben würde. Es ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, daß sie ein für allemal die Politik der Sozialistengesetze ad absurdum geführt hat und worüber der mächtige Bismarck zu Falle gekommen, das wird auch seiner österreichischen Karrikatur nicht gelingen.

Die österreichischen Sozialdemokraten würden das Sozialistengesetz nicht fürchten, wenn es Aussicht auf Annahme hätte; sie haben aber doppelt Grund zur Befriedigung, da Graf Taaffe es fertig gebracht hat sich gründlich zu blamiren, ohne die geringsten Aussicht seinen Zweck zu erreichen.

Kein Zweifel, daß die österreichische Bourgeoisie vor der Arbeiterbewegung zittert und daß sie einigen Grund dazu hat; aber trotzdem wird sie ein Gesetz nicht annehmen, welches, wie sie aus deutscher und eigener Erfahrung weiß, ein Schlag ins Wasser wäre. Sie hat andere Mittel in Aussicht genommen, sie führt den Kampf nicht mit dem Kerker, sondern mit der Hungerpeitsche, und die nächste Aufgabe der österreichischen Arbeiter ist es, ihre Organisation so zu kräftigen, daß sie diesem mächtigsten aller Kampfmittel gewachsen sind.

Den Grafen Taaffe können wir ruhig dem Nachdenken über seine neueste Blamage überlassen.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Dortmund, 3. Juni. Welcher Verlogenheit die gegnerischen Blätter fähig sind, erhellt daraus, daß sie jetzt aus Bochum zu melden wissen, der sehr bekannte Sozialdemokrat, Tabakfabrikant Schmitsranz sei unter Mitnahme der von ihm verwalteten Kreis-Parteikasse, aber unter Zurücklassung seiner Frau, flüchtig geworden. Wer diese Nachricht in die Blätter lanzirt hat, hat sicherlich gewußt, daß Schmitsranz die Parteikasse überhaupt nicht verwaltet hat, also auch nicht damit durchbrennen konnte. Es ist einfach eine Schmach, daß die Gegner einen Mann, dem sie selbst durch ihre Chikanen und den Boykott, den ein größeres Werk über das Geschäft desselben verhängt hat, die Existenz unmöglich gemacht haben, auch noch in niederträchtiger, gemeiner Weise mit Schmutz bewerfen. Schmitsranz ist nach Amerika ausgewandert, um sich dort eine neue Existenz zu gründen und darauf seine Frau, die vorläufig bei ihren Eltern bleibt, nachkommen zu lassen. Das ist, was Wahres an der Sache ist. Das Bestreben, die Anhänger der Sozialdemokratie in der böswilligsten Weise zu verleumden, zeichnet so recht die ganze Niederträchtigkeit der Gegner.

* * *

Dresden, den 2. Juni. Der Lugauer Pastor, Dr. Eckardt, z. Z. Synodale in Dresden, sendet uns zu unserer Mittheilung [illegible] unterm 25. Mai über die Vorgänge bei einer Be[illegible] sie zur Ausweisung eines Bergmannes führten, folgende [illegible]:

„Begräbniß ist nicht vom Unterzeichneten vollzogen [illegible] während meiner Abwesenheit von meinem Hilfs[illegible]ssen Verhalten ich aber als ein durchaus korrektes bezeichne. Vor meiner Abreise wurde noch der Tod Schmidt's gemeldet mit der ausdrücklichen Erklärung der Wittwe, daß nach dem Wunsche des Verstorbenen von jedem kirchlichen Begräbnisse abgesehen werden solle, insbesondere von einer Betheiligung eines katholischen oder evangelischen Geistlichen. Es würde Jemand sprechen aus dem Bunde, dem der Verstorbene angehört habe. Darauf gab ich meinem Vertreter die Weisung, sich vom Begräbniß fern halten zu wollen, der Wittwe aber ließ ich sagen, daß ohne Erlaubniß des Geistlichen Niemand sprechen dürfe, weshalb der Betreffende sich erst mit ihm ins Vernehmen zu setzen habe. Am Tage des Begräbnisses hat die Wittwe den Hilfsgeistlichen ersuchen lassen, ans Grab zu kommen, da ihr ohne Begleitung eines Geistlichen das Begräbniß zu „demlich“ erschiene. Derselbe ging auf den Wunsch ein, weil er hoffte, daß auf diese Weise jeder Demonstration vorgebeugt werde. Als der Segen gesprochen war, bat Bergarbeiter Zimmer aus Gersdorf ums Wort, das ihm nach Vorstehendem verweigert werden mußte. Ziemer beruhigte sich dabei. Als der Geistliche aber sich einige Schritte vom Grabe entfernt hatte, rief einer aus der Begleitung — mein Stellvertreter glaubte, es sei Zimmer gewesen —: „Ein herzliches Glückauf dem tapferen Freiheitshelden!“ in das die Menge einstimmte. Nach meiner Rückkehr gab der Hilfsgeistliche diesen Thatbestand zu Protokoll, das von mir an die Königliche Kircheninspektion eingeschickt wurde. Wenn Zimmer ausgewiesen worden ist, so kann es nicht um des Begräbnisses willen geschehen sei, da es sich kurz darauf herausstellte, daß nicht er, sondern ein Anderer das „Glückauf!“ ausgebracht habe, was sofort von mir berichtet worden ist. In Lugau war man erregt, nicht, weil Anzeige erstattet, sondern weil von katholischen Ausländern das Gastrecht gemißbraucht worden war.

Dr. phil. Eckardt, P. in Lugau,
z. Z. Synodale in Dresden.

Wir haben die etwas weitschweifige Erklärung des Herrn Pastors unverkürzt abgedruckt, obgleich sie nicht geeignet ist, den Glauben zu verscheuchen, daß die Ausweisung Z.'s auf jene erste, wenn auch nachträglich berichtigte Anzeige zurückzuführen ist. Der Herr Pastor mag sich mit seinem Schlußsatz über die Gründe der Erregung in Lugau trösten, wir lächeln darüber. Uebrigens ist der Name des Ausgewiesenen in unserer ersten Notiz von uns und zu unserer Verwunderung auch in der obigen Berichtigung des Herrn Pastors falsch angegeben. Er heißt Zinger, nicht Zimmer.

* * *

Celle. Die kürzlich stattgefundene Partei-Konferenz für den 14. hannover'schen Wahlkreis war aus naheliegenden Ursachen von auswärtigen Parteigenossen nicht sehr zahlreich besucht; dagegen betheiligten sich die hiesigen Genossen recht zahlreich an derselben. Nach Erledigung der Bureauwahl gab ein Genosse einen kurzen Rückblick über die Verbreitung unserer Ideen und über die Zunahme unserer Anhänger im hiesigen Wahlkreise. Mit Ausnahme der Reichstagswahl von 1881, in welchem Jahre, verursacht durch das Sozialistengesetz, eine kleine Abnahme zu verzeichnen war, hat die Zahl unserer Anhänger beständig zugenommen. Während wir 1881 nur 435 Stimmen zu verzeichnen hatten, haben wir es bei der letzten Reichstagswahl bereits auf 3216 Stimmen gebracht. Ueber die Art und Weise, wie die Agitation in den ländlichen Orten erfolgreich zu betreiben sei, entstand eine recht lebhafte Diskussion. Es wurde beschlossen, sowohl durch Zeitungen, als auch durch das Abhalten von Versammlungen unsere Ideen unter der ländlichen Bevölkerung immer mehr zu verbreiten. Und um die Agitation planmäßig und mit Erfolg betreiben zu können, wurde ein aus 7 Personen bestehendes Agitations-Komitee gewählt, dem die Genossen Wichtendahl, Beneke und Elze in Celle, Finke in Peine, Osterloh in Woltdorf, Lüthkemüller in Lehrte (Kreis Burgdorf), Garms in Päse (Kreis Gifhorn) angehören. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Konferenz geschlossen. — Die Parteigenossen in unserem weitverzweigten Wahlkreise werden nun ersucht, sich vorkommenden Falles an einen der oben genannten Genossen zu wenden. Wenn jeder Genosse dann seine Schuldigkeit thut, dann wird auch in nicht sehr ferner Zeit der 14. hannoversche Wahlkreis durch einen Sozialdemokraten im Reichstage vertreten sein.

* * *

Königsberg, den 2. Juni. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich in voriger Woche der frühere Redakteur des ehemaligen „Königsberger Volksblatt“ Arnold Röckner zu verantworten. Angeklagt war derselbe wegen Vergehens gegen § 130 d. St.-G. Es handelte sich um den im Dezember des vorigen Jahres von dem Parteivorstande erlassenen Aufruf: „An die Parteigenossen“, in welchem zunächst die traurigen Zustände auf dem Lande, die Lage des ländlichen Proletariats geschildert wurden, und der sich dann an die Parteigenossen mit dem Wunsch wandte, dem Vorstande möglichst viel Material über die Zustände auf dem Lande einzusenden. Der Artikel, der in der gesammten Parteipresse, auch in gegnerischen Blättern abgedruckt war, war auch in dem „Königsberger Volksblatt“ aufgenommen worden. In diesem Artikel sollte der Thatbestand des § 130 enthalten sein. Der Angeklagte war, da er in Barmen ist, vom persönlichen Erscheinen entbunden. Die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Haase. Die königliche Staatsanwaltschaft hielt die Anklage im ganzen Umfange aufrecht, indem sie behauptete, daß der ganze Artikel geeignet sei, die Leidenschaften der ländlichen Bevölkerung zu erregen; daß er die letztere aufreize, sich gewaltsam zusammenzuthun und mit Gewalt eine Umkehr zu besseren Zuständen zu schaffen, und daß durch seinen ganzen Inhalt der öffentliche Frieden gefährdet werde. Der Strafantrag lautete daher auf sechs Wochen Gefängniß. — Der Vertheidiger wies zunächst darauf hin, daß der Artikel nicht an die ländliche Bevölkerung, sondern nur an die Parteigenossen gerichtet sei, daß er demnach auch nicht die ländliche Bevölkerung gegen die Großgrundbesitzer aufreizen könne, wie in der Anklage behauptet sei. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Artikel wohl geeignet sei, in der ländlichen arbeitenden Bevölkerung Mißstimmung, und bei den Kapitalisten und Großgrundbesitzern Furcht zu erregen, daß er aber nicht an eine bestimmte Volksklasse (§ 130) gerichtet sei, um dieselbe gegen eine andere Volksklasse zu Gewaltthätigkeiten anzureizen ꝛc., und aus diesen Gründen lautete das Urtheil auf Freisprechung des Angeklagten.

* * *

Pillau. Wegen Insubordination wurde vor kurzem der Musketier Mollenteit von dem in Pillau stehenden Infanterieregiment „Herzog Karl“ zu **5 Jahren Gefängniß verurtheilt**, welche derselbe in Breslau verbüßt. Angeblich soll derselbe in der Kaserne die Lieder: „Ich bin ein freier Mann und singe,“ sowie „Mann der Arbeit aufgewacht“ gesungen, und ein kleines Blatt, auf dem das Lied zum 1. Mai: „Kämpft für Wahrheit, Treue, Liebe“ sich befand, im Besitz gehabt haben.

* * *

Katscher. Mit welchen „geistigen“ Machtmitteln unsere Gegner den Thurm des Zentrums zu schützen suchen, das beweist folgender Vorfall:

Eines Tages hatten Arbeiter aus hiesigem Orte eine Privatversammlung in einer Mälzerei abzuhalten versucht, und zwar Nachmittags 6 Uhr. Das von himmlischer Liebe und Arbeiterfreundlichkeit überströmende geistige Oberhaupt von hier that seine Schuldigkeit und traf Fürsorge in der Predigt, so daß die betreffende Versammlung nicht zu Stande kam. Er forderte laut auf, nicht hinzugehen und wies gleichzeitig auf die bewaffnete Macht hin. Da man vielleicht der Ansicht war, daß die Worte des Gottesmannes nicht genügten, war in dieser Angelegenheit auch Seine gräfliche Gnaden Henckel von Donnersmarck berichtet worden, um von der autonomen Gewalt und dem Majoratsrechte Gebrauch zu machen; er kam auf Rosses Fittichen angebraust und that ebenfalls sein Mögliches. Die Mälzerei gehört zu dem Besitze des verstorbenen Grafen Gaschina. Auch die Hüter der Ordnung zusammen mit den oben Angeführten wirkten dahin, das rothe Gespenst zu verscheuchen. O heilige Einfalt, welche Fürsorge! Der hungernde, das elende Dasein fristende Arbeiter wird euch zu seiner Zeit die Antwort darauf geben! Die Großmuth der gräflichen Gnaden geht so weit, daß sie, um ihre Kasse nicht so sehr zu schmälern, aus Galizien die billigen und drillfähigen Arbeiter immer transportweise kommen läßt. Die Lebensweise dieser Galizier sowie ihre Anspruchslosigkeit ist ja ziemlich bekannt. Mit welchen Schwierigkeiten man kämpfen muß, um eine Versammlung für Arbeiterzwecke anzuberaumen, beweist vorliegender Fall.

* * *

Markersdorf bei Chemnitz. Weil im hiesigen Orte bei der vorjährigen Reichstagswahl so viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden und die Vermuthung sich aufdrängte, daß diese Stimmen zum Theil von Mitgliedern des Militärvereins herkommen könnten, wurde der hiesige Militärverein aus dem Militär-Vereinsbund ausgeschlossen. Die so unschuldig vor die Thür gesetzten ordnungsparteilichen Mitglieder desselben gaben sich nun alle Mühe, wieder in den Bund aufgenommen zu werden, und nahmen, um ihre Treue und Loyalität zu bezeugen, eine umfängliche Säuberung des Vereins von Sozialdemokraten vor, trotzdem schon deren 11 an der Zahl vorher und freiwillig ausgetreten waren. Da der Vorstand zum Ausschlusse selbst berechtigt ist, so schickte er am 3. Pfingstfeiertage vier Rothen Schreibebriefe und als ein fünfter davon erfuhr, wandte er gleich dem Verein den Rücken. Von Sozialdemokraten ist der Verein aber immer noch nicht rein.

* * *

Nürnberg, 3. Juni. Eine Volksversammlung zu Gunsten der Aufhebung der Getreidezölle wird sozialdemokratischerseits am nächsten Mittwoch, den 10. Juni, im Bürgersaal stattfinden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 4. Juni.

Der Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryck, eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr. Die Einführung des neugewählten Stadtverordneten Liebenow findet in der üblichen Weise statt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Naturalisationsgesuche geschäftsordnungsmäßig erledigt.

Die Festsetzung einer Baufluchtlinie für die Nordseite der Königin Augustastraße zwischen dem Hause Nr. 3 daselbst und der Köthenerstraße, sowie die Abänderung der Baufluchtlinie an der Ecke der Flottwellstraße und des Schöneberger Ufers wird nach den Vorschlägen des Magistrats genehmigt.

Die Vorlage, betr. die Erwerbung von Terrain zur Anlegung der verlängerten Charlottenstraße war an einen Ausschuß verwiesen worden, der an dem Magistratsantrage die Abänderung vorgenommen hat, daß die ortsstatutarischen Beiträge zu den Kosten der Anlage dem Fiskus nicht erlassen werden; andernfalls soll das Enteignungsverfahren herbeigeführt werden.

Stadtv. Sachs II beantragt, den Magistratsantrag abzulehnen und das Enteignungsverfahren auf jeden Fall abzulehnen. Bei dieser Gelegenheit werde sich auch herausstellen, wer der Besitzer des Terrains sei, was gegenwärtig noch ungewiß wäre, der Fiskus oder der Kronfideikommiß.

Stadtrath Voigt vertheidigt die Magistratsvorlage.

Stadtv. Wohlgemuth tritt für den Ausschußantrag ein.

Stadtv. Singer glaubt, daß die Frage so steht: soll die Stadt sich widerstandslos den Forderungen des Fiskus fügen? Der Fiskus sollte ein ebenso lebhaftes Interesse an der Durchführung der Charlottenstraße wie die Stadt haben. Zwei staatliche Behörden Fiskus und Kronfideikommiß streiten sich um Besitzrecht des Terrains; zwei Behörden streiten sich um den Raub, und deshalb soll die Stadt so viel zahlen. Das Enteignungsverfahren ist der sicherste Weg für die Stadt. Redner bittet den Ausschußantrag abzulehnen.

Nach weiterer Debatte wird der Ausschußantrag angenommen. Der Antrag Sachs II ist damit gefallen.

Die Angelegenheit der Verbreiterung der Potsdamerstraße hat einem Ausschuß zur Vorprüfung vorgelegen, welcher folgenden Beschluß empfiehlt:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr eine Vorlage wegen Verbreiterung des Fahrdammes der Potsdamerstraße vom Potsdamerplatz bis zur Lützowstraße, sowie wegen Neubaues der Potsdamerbrücke zugehen zu lassen. Vorausgesetzt wird hierbei, daß die Potsdamerstraße eine mit Bäumen bepflanzte Straße bleibt.“

Der Antrag wird angenommen.

Auf Antrag des Stadtv. Sachs II wird beschlossen, daß eine gemischte Deputation die Verbreiterung der Rosenstraße vorberathe. Der Magistrat hatte es abgelehnt, auf einen früher von der Versammlung gestellten, auf Verbreiterung der Rosenstraße abzielenden Antrag einzugehen. Die gemischte Deputation soll eine Verständigung herbeiführen.

Eine Reihe weiterer Vorlagen entbehrt des öffentlichen Interesses.

Schluß 7 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Deutsche Hausfrauen II. Man sieht, das Ideal einer „deutschen Hausfrau“, womit Dr. Bauer die Proletarier der heutigen Zeit zu beglücken gedenkt, paßt sehr wenig in die heutigen Zeitverhältnisse. Wie auf allen Gebieten hat sich auch im Hause eine Revolution vollzogen und vollzieht sich immer eingreifender, welche die Frau aus ihrer früheren Position, die sie im Hause inne gehabt hat, vollständigt verdrängt. Der Proletarierin, die heute das „Glück“ hat, einen Proletarier zu heirathen, ist es wohl in den allerseltensten Fällen vergönnt, die Tugenden einer deutschen Hausfrau à la Bauer auszuüben. Sie ist zum Mitverdienen genöthigt und da hört bekanntlich die Häuslichkeit auf. Die häusliche Thätigkeit der Frau beschränkt sich vielfach nur auf Reinmachen, Waschen und Kochen, sofern ihr hierzu die Zeit verbleibt. Meisthin müssen aber die heranwachsenden Kinder, besonders Mädchen, ihr hierin thatkräftig zur Hand gehen und so lernen sie das bischen Wirthschaft, was sie in einer Proletarier-Ehe brauchen, in der lehrreichsten Praxis. Bei ihnen ist Schmal-

hans Küchenmeister und es bedarf keiner besonders großen Wissenschaft, um diejenigen Gerichte herauszufinden, die dem „kleinen Wirthschaftsgelde" angemessen und zu kochen sind. Diejenigen Häuslichkeiten, in denen die Mädchen zu „deutschen Hausfrauen" ausgebildet werden sollen, entsprechen keineswegs den heutigen Arbeiterverhältnissen, welche ihnen einmal bevorstehen. Denn Dr. Max Bauer sagt: „Wittwen und Frauen von Beamten und Handwerkern, die ein Herz für Humanität im großen Stil haben, werden die vorzüglichsten Lehrmeisterinnen sein." Nun, diese Leute, wenngleich sie auch nicht mit Glücksgütern reichlich gesegnet sind, leben meist in noch geordneteren Verhältnissen, als die Hand- und Fabrikarbeiter und haben noch etwas mehr in die Suppe zu brocken, als diese. Die soziale Noth, unter der die Arbeiterklasse seufzt, hat wohl zum allerwenigsten die Unwirthschaftlichkeit der Frauen zur Grundursache und wenn Herr Dr. Bauer von „unnöthigen Schulden" spricht, so beweist er damit nur sein Unbewandertsein in den sozialen und Arbeiterverhältnissen trotz aller Philanthropie. Diese zu bessern, sind seine vorgeschlagenen Mittel, die Erziehung der „bedürftigen" Mädchen zu „deutschen Hausfrauen", wohl wenig geeignet. Besonders das letzte, so warm empfohlene System hat einen ganz besonderen Haken. Denn Dr. Max Bauer sagt: „Die Ersparniß eines Dienstboten kann im praktischen Gefüge solcher Einrichtungen die ganze Sache beleben und fördern und möchte ich gerade Haushaltungen, wo kein Dienstbote ist oder gehalten werden kann, für die zweckentsprechendsten zu einem solchen auf gemeinschaftlichem Vortheil basirten Lehrkursus halten!" Also um billige Dienstboten, die gar nichts kosten, handelt es sich! Um eine neue Art der Ausbeutung! Unter der Vorgabe, die Wirthschaft oder „deutsche Hausfrau" zu lernen, wollen sich die „edlen" Damen Mädchen verschaffen, die ihnen einige Stunden des Tages die Hausarbeit machen! Und dazu sollen die Proletarier ihre Töchter hergeben! Nun begreift es sich, warum die „D. Gastwirths-Zeitung" so sehr für dieses Plänchen schwärmt. Haben die Herren Gastwirthe schon die Kellner und Kellnerinnen umsonst, möchten sie auch noch das Hauspersonal umsonst haben. Und so regt denn das Fachblatt auch an, in den Kreisen der Gastwirthe für dieses Plänchen zu wirken, da bei ihnen ja ein Mädchen besonders viel lernen und sich ausbilden könne zur — „deutschen Hausfrau!" — In der That, die „Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung" seitens der Besitzenden offenbart sich mitunter in recht seltsamer Weise!

Zum Kapitel des Bodenwuchers können wir wieder einen kleinen Beitrag liefern. Hiesige Bourgeoisblätter erzählen über den ihrer Meinung nach enorm gesteigerten „Bodenwerth" folgenden Fall triumphirend:

„Welch enorme Steigerung der Bodenwerth (?) auch in den entlegeneren Gegenden Berlins erfahren hat, so schreiben die Blätter, beweist ein in den letzten Tagen von der Baugesellschaft „Humboldthain" bewirkter Baustellen-Verkauf, bei dem es sich um einen Flächeninhalt von etwa 140 Quadratruthen handelte. Die Quadratruthe wurde nämlich mit 1350 Mark bezahlt, während dieselbe mit nur etwa 280 Mark zu Buche stand."

Von einer Steigerung des Werthes vom Boden kann hier gar keine Rede sein; es ist das nichts weiter als eine durch Spekulationen herbeigeführte Preistreiberei. Die Aktionäre und Couponschneider ziehen den Nutzen und der Arbeiter hat wie gewöhnlich den Schaden zu tragen. Eine natürliche Folge des Wuchers mit dem Boden ist eine Steigerung der Miethen.

Aber je höher und ausgebildeter der Wucher mit Miethspreisen, mit Lebensmitteln und allem Anderen, was den Arbeiter belastet, ist, desto größer wird das Jubelgeschrei der Bourgeoisie darüber, wie herrlich weit wir es gebracht haben.

Arbeiter-Bildungsschule. Etwa 150—200 Personen versammelten sich letzten Sonntag, Mittags, vor dem königlichen Museum am Lustgarten, um unter Führung des Lehrers für Geschichte an der Arbeiter-Bildungsschule, Herrn Henning, die egyptische Abtheilung zu besichtigen. Unmöglich war es bei dieser großen Zahl von Theilnehmern sich in dem Museum fortzubewegen, und kurz nachher erklärte auch der anwesende Oberaufseher, daß er in Anbetracht der zahlreichen Anwesenden Einspruch gegen den Besuch erheben müsse in Anbetracht der event. vorkommenden Beschädigungen der aufgestellten Gegenstände; überdies müsse, wenn eine größere Versammlung das Museum zu besichtigen wünsche, vorher die Verwaltung der Museen hierzu die Genehmigung ertheilen. Man einigte sich nun, gemeinsam nach Seefeldt, Grenadierstr. 38, zu gehen, wo Herr Henning, auf die gestellte Frage eines Genossen, einen 1½ stündigen Vortrag: „Ueber das alte Egypten und seine Kultur", hielt. Sofort war aber auch bereits die Polizei erschienen, welche glaubte, daß es sich hier um eine „öffentliche Versammlung" handle. Erst als man den anwesenden Schutzmann aufklärte, daß es sich blos um ein gemüthliches Beisammensein handle, entfernte sich der Beamte. Reicher Beifall lohnte den Redner.

Zur Personentarif-Reform der Eisenbahnen hat nun auch der Zentralverband deutscher Industrieller seine Meinung kundgegeben. Gebeten hat man ihn schwerlich darum, der Ausfall des Beschlusses konnte nicht zweifelhaft sein. Der Zentralverband hat also der Welt zu wissen gethan, daß ein Bedürfniß nach Reform der Personentarife nicht vorliege. Es ist rührend, wie die Herren Schlotjunker, die es gar nicht nöthig haben, von denen sich jeder mit Leichtigkeit ein ganzes Koupee erster Klasse leisten kann, sich die Köpfe der ärmeren Staatsbürger zerbrechen, ob billigere Fahrpreise angebracht seien. Um wenigstens den guten Willen zu zeigen und thatenlustigen Reformen den rechten Weg zu weisen, wurde dem Beschlusse hinzugefügt, daß zur wahren wirthschaftlichen Glückseligkeit eine gründliche Ermäßigung — — der Gütertrachten Noth thue. Und wie der große Nichtschweiger dem armen Mann sein Pfeifchen, so will ihm der Zentralverband die vierte Klasse nicht rauben, deren Abschaffung ein ungerechtfertigter Eingriff in liebgewordene Verhältnisse sei. Es wäre auch wirklich ein Jammer, wenn der Arbeiter für sein Geld nicht mehr den Genuß haben sollte, stehenderweise in einem stallartigen Kasten gerüttelt zu werden, der beim Mangel halbwegs ausreichender Lüftungs-, Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen ihn die Errungenschaften moderner Eisenbahntechnik um so mehr anstaunen läßt. Allerdings behilft man sich ja in Süddeutschland ohne vierte Klasse; dort hat man sich eben noch nicht zu der wahren Erkenntniß des Ausspruchs aufgeschwungen: Sechs Pferde — dreißig Mann Soldaten — — sechzig Sachsengänger!

Ueber die vorzeitige Beerdigung der in Anstalten verstorbenen Personen gehen uns fortwährend Klagen zu von den dadurch mit Recht sich verletzt fühlenden Angehörigen der Verstorbenen. Der Kutscher Hoffmann war in der Irrenanstalt zu Dalldorf als Kranker untergebracht und verstarb am 29. April d. J. Abends. Am 30. April bekam der hier wohnhafte Bruder des Verstorbenen die Todesnachricht von der Direktion der Anstalt mit dem Bemerken, daß wenn sich Niemand meldet, der ꝛc. Hoffmann am Montag, den 4. Mai, Nachmittags 3¼ Uhr, beerdigt werden würde. Der Bruder des Verstorbenen begab sich nach der Anstalt und vereinbarte mit dem anwesenden Bureaubeamten die Beerdigung auf Montag, den 4. Mai, Nachmittags 5 Uhr. Nachdem ein Protokoll unterschrieben war, schien die Sache ordnungsmäßig erledigt. Am 4. Mai, Nachmittags, erschienen nun die Leidtragenden auf dem Anstaltskirchhofe zur Beerdigung. Trotzdem dieselben schon eine halbe Stunde vor der festgesetzten Zeit erschienen, mußten sie von dem Todtengräber erfahren, daß die Leiche schon um 4 Uhr beerdigt sei. Darauf begab sich der Bruder nochmals nach dem Direktionszimmer, um nach der Ursache dieser vorzeitigen Beerdigung zu forschen. Dabei wurden dann Akten und Bücher nachgeschlagen, und es ergab sich, daß, trotzdem die Zeit in dem Buche richtig angegeben war, die Beerdigung zu einer unrichtigen Zeit stattgefunden hatte vermuthlich infolge eines anderweit stattgehabten Versehens. Zum Troste wurde den Angehörigen gesagt, der schuldige Beamte solle einen ordentlichen Stüffel erhalten. Auf Verlangen des Bruders des Verstorbenen wurde die Leiche nochmals ausgegraben. Für die Auslieferung der Sachen mußte der Bruder des Verstorbenen 2 M. 15 Pf. Lagergeld bezahlen.

Ist hiernach auch anzuerkennen, daß die Anstaltsverwaltung sich bemüht hat, die Folgen des Versehens möglichst zu beseitigen, so bleibt doch der Wunsch berechtigt, daß endlich Maßnahmen getroffen werden, welche solche unliebsamen Vorkommnisse ein für alle Mal unmöglich machen.

Von einer Sklavenjagd im Jahre des Heils 1891 mitten in Deutschland lesen wir in einer hiesigen Zeitung. Der Sachverhalt ist folgender:

„Ein Gutsbesitzer aus einem in der Nähe von Spandau belegenen Dorfe mußte eines schönen Tages die fatale Wahrnehmung machen, daß ihm 7 Arbeiterinnen, welche er kurz vorher für die Sommerkampagne aus der Provinz Posen „bezogen" hatte, durchgegangen waren. Er wollte die Kontraktbrüchigen, welche er dringend für die Feldarbeiten brauchte, unter allen Umständen zurückholen. Nachdem der Gutsbesitzer in Erfahrung gebracht hatte, daß die 7 Durchgängerinnen die Absicht ausgesprochen hatten, auf der Eisenbahn nach Berlin zu dampfen, begab er sich auf die nahe Station und erkundete dort des Näheren, daß seine Flüchtlinge in der That kurz vorher den Zug bestiegen hätten und in dem Wagen Nr. 2527 abgedampft wären. Er ersuchte nun die Bahnpolizei in Spandau, woselbst der Zug Aufenthalt hatte, auf telegraphischem Wege, die 7 Fahrgäste in dem betreffenden Wagen anzuhalten. Dies geschah auch. 7 Frauenspersonen, welche sich in dem bezeichneten Wagen befanden, mußten ihre Reise unterbrechen und über Nacht im Polizeigewahrsam bleiben. Am nächsten Morgen kam der davon benachrichtigte Gutsherr nach Spandau. Die Arrestantinnen wurden ihm vorgeführt; zu seinem Entsetzen waren es aber nicht die Gesuchten, sondern ihm ganz unbekannte Personen. Die zu Unrecht festgehaltenen Fahrgäste durften jetzt natürlich unbehindert weiterfahren, der enttäuschte Gutsherr mußte aber die Kosten der Verzögerung tragen. Seine kontraktbrüchigen Arbeiterinnen blieben verschwunden."

Muthet das nicht wirklich an, wie eine Mär aus vergangenen Zeiten? Allerdings bei dieser Jagd nach den entlaufenen Sklavinnen — pardon Lohnarbeiterinnen vermißt man die alten Jagdmittel; Bluthunde ꝛc. Da ist man eben jetzt mit der Entwicklung mit fortgeschritten, an Stelle der mühevollen Hetzjagd hat man heute eben den für den Verfolger weit müheloseren modernen Weg durch den Telegraphen in Anwendung gebracht.

Jedenfalls müssen die Zumuthungen an die polnischen Arbeiterinnen schon ziemlich große gewesen sein, wenn diese sich dagegen empören und sich zur Flucht wenden! Beschämend aber ist es, daß am Ende des neunzehnten Jahrhunderts Arbeitgebern im Einfangen entlaufener — Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Weise Vorschub geleistet wird.

Mit den „Lungen" Berlins, den öffentlichen Plätzen sieht es augenblicklich ein wenig seltsam aus. Der Magdeburger Platz und der Dennewitzplatz, der Wedding-, Nazarethkirch- und Gartenplatz, der Lausitzerplatz, der Johannistisch, der Marheinekeplatz, der Platz E sind, resp. werden bebaut — den Wasserthorplatz hatte man jüngst beim Wickel, jetzt soll auch der Chamissoplatz daran glauben. Berlin ist hiernach zu seinen Plätzen zu gratuliren — so schließt ein galgenhumoristischer Nothschrei eines alten Berliners.

Frivolität der „Kreuz-Zeitung". Das christlich-germanische Junkerorgan enthält unter „Vermischtes" in der gestrigen Nummer folgende höchst unchristliche Schnurre:

„Ein Knabe erhielt von seinem Lehrer eine Vorschrift mit dem bekannten Reime: „Geh treu und redlich durch die Welt, das ist das beste Reisegeld." — Der Schüler, ein gewitzigter Junge, schrieb: „Geh treu und redlich durch die Welt, das beste ist das Reisegeld.".

Uebrigens nicht übel.

Die „Kreuzzeitung" bringt in ihrem „Briefkasten" folgende Anfrage: Vor einigen Jahren hörte ich von einer Familie, welche aus **Elsternfedern** ein Mittel gegen Epilepsie bereitete. Wie heißt die Familie und der Wohnort derselben? Ich möchte mich für eine Kranke an sie wenden.

Nun — die Familie heißt Bismarck und wohnt zur Zeit in Friedrichsruhe. Daß die „Kreuzzeitung" das nicht gewußt hat? Sehr merkwürdig.

Sträuße von Rosmarin werden jetzt hier in den Häusern für 10 Pf. das Stück zum Verkauf angeboten, allerdings nicht ihres Wohlgeruchs wegen sondern — zum Vertreiben der Motten. Letztere fliegen nämlich zur Zeit gerade umher und legen, wenn sie nicht davon angehalten werden, in die Polster und Wintersachen ihre Eier, aus denen dann die Maden auskriechen, welche das Gewebe zerstören. Zum Vertreiben der Motten giebt es allerlei in den Apotheken und Drogenhandlungen käufliche Mittel; wer diese nicht anwenden will, legt einfach Kampfer auf den Boden der Kleiderschranks oder steckt Tuchlappchen, auf welche vorher Terpenthinspiritus oder Naphtalin gegossen wurde, in die Aermel der Winterüberzieher, der Muffen, Pelze und so weiter, wobei dann nur der unangenehme Umstand auftritt, daß der starke Geruch den Kleidern anhaftet. Der Duft des Rosmarins ist nun weder unangenehm, noch theilt er sich so sehr den Kleidern mit; trotzdem verschonen die Motten einen Kleiderschrank, in welchem einige Rosmarinstengel vertheilt wurden. Wenn man dies weiß und dazu erwägt, daß der Rosmarin (ledum palustre) aus den Sümpfen und Torfmooren, in denen er wächst, hervorgeholt und hierher gebracht werden muß, dann kann man den armen Leuten wohl ein Sträußchen für 10 Pf. abkaufen. Wer dann noch bei dem jetzigen schönen Wetter seine Kleider lüftet und ausklopft, der thut ein Uebriges. Der sorgsamen Hausfrau wird dieser zeitgemäße Hinweis hoffentlich willkommen sein.

Eine Eisenbahn-Entgleisung hat sich innerhalb des Weichbildes von Berlin während der vorverflossenen Nacht ereignet. Von der Görlitzer Bahn führt bekanntlich ein Geleise nach der in der Gitschinerstraße belegenen Gasanstalt, auf welchem derselben zur Nachtzeit Kohlen zugeführt werden. Von einem gegen 4 Uhr vom Görlitzer Bahnhof kommenden, von zwei Maschinen geführten Zuge setzte, nachdem der Train die Wasserthorbrücke bereits passirt hatte, die erste Lokomotive (Nr. 1829) aus einer noch nicht ermittelten Ursache plötzlich nach rechts aus den Schienen aus und wühlte sich in den Straßendamm ein, während die zweite Lokomotive auf dem Geleise stehen blieb; ihre Kuppelung war jedoch gebrochen, und die beiden nächsten Wagen, ein sogenannter Gepäckwagen und ein beladener Kohlenwagen entgleisten ebenfalls und blieben neben den Schienen stehen. Diese Züge fahren bekanntlich in sehr langsamem Tempo durch die Stadt und dadurch ist weiteres Unheil verhütet worden, denn von dem Maschinen- und Zugpersonal ist Niemand beschädigt worden. Sofort requirirte Hilfsmannschaften nahmen unverweilt die Aufräumungsarbeiten auf, die sich bis in die vorgerückten Vormittagsstunden hineinzogen. Inzwischen mußte der Pferdebahnverkehr der betreffenden Linien: Lützowplatz-Schlesisches Thor ꝛc. auf Umwegen geführt werden.

Achtung, Parteigenossen. Der Wirth der Ressource (früher Stritz), Kommandantenstraße 57, hat sich bereit erklärt, seinen Saal den Arbeitern zu Versammlungen unentgeltlich herzugeben.

Wir ersuchen infolge dessen auch diesen Wirth mit zu unterstützen. Lock. Werner. Zabel.

Polizeibericht. Am 3. d. Mts. Morgens wurde in der Hasenhaide, nahe dem Garnison-Kirchhofe, ein Mann mit Schnittwunden am Halse und am Vorderarm, welche er sich mittels Rasirmessers beigebracht hatte, ohnmächtig aufgefunden und nach dem Krankenhause am Urban gebracht. — In der Marsiliusstraße stieß der Weber Schwarz mit einem schnell vorübergehenden Manne zusammen, stürzte dabei zur Erde und erlitt eine so schwere Verletzung der Hüfte, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit fand vor dem Hause Spandauerstraße 19—21 ein Zusammenstoß zwischen einem Pferdebahnwagen und einem Postwagen statt, so daß der letztere umschlug. Hierbei erlitten der Postillon und der Postschaffner bedeutende Verletzungen und mußten mittels Droschke nach ihrer Wohnung gebracht werden. — Vor dem Hause Neue Hochstraße 22 fiel Abends ein Mann in der Trunkenheit zur Erde und verletzte sich so bedeutend am Kopfe, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — In der Nacht zum 4. d. M. sprang ein Mann gegenüber dem Waterloo-Ufer 4 in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhause am Urban gebracht. — Im Thiergarten, auf dem Spielplatze nahe der Friedens-Allee, wurde zu derselben Zeit ein junger Mann mit einer Schußwunde in der Brust, welche er sich mittelst Revolvers beigebracht hatte, aufgefunden und noch lebend nach der Charitee gebracht. — In derselben Nacht sprang gegenüber der Michaelkirche ein Mann in das Engelbecken, wurde jedoch wieder aus dem Wasser gezogen und bewußtlos, aber noch lebend nach dem Krankenhause Bethanien gebracht. — Am 3. d. M. fanden zwei kleinere Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Unter der Anklage des wiederholten Betruges stand gestern der Schlächtermeister Wilhelm Ziethen vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Dem Angeklagten wurde im Jahre 1888 von seinem Vater, dem Bäckermeister Ziethen, eine Schlächterei im elterlichen Hause eingerichtet. Der Vater ließ sich als Sicherheit sämmtliche Geschäftsutensilien verschreiben und behielt einen sofort vollstreckbaren Pfändungsbeschluß in Händen. Bald darauf heirathete der Angeklagte die Tochter eines wohlhabenden Fuhrherrn, aber auch seine Ehefrau sicherte sich in der Weise, daß sie sich das alleinige Eigenthumsrecht an den Möbeln, sowie dem sonstigen Eingebrachten vorbehielt. Der Angeklagte hatte häufig mit Geldverlegenheiten zu kämpfen, in verschiedenen Fällen mußte sein Vater für ihn eintreten, wenn Wechsel fällig waren. Im September v. J. setzte Ziethen wieder zwei Wechsel über 500 bezw. 200 M. in Umlauf. Dieselben wurden nicht eingelöst, auch der Vater des Schuldners weigerte sich, noch einmal Hilfe zu leisten. Als die Gläubiger entdeckten, daß dem Angeklagten nicht beizukommen war, da ihm weder die Geräthschaften noch die Mobilien gehörten, hielten sie sich für betrogen, da Ziethen bei der vorherigen Anfrage versichert hatte, daß er Eigenthümer des Geschäfts sei. Der Beschuldigte bestritt, daß er durch diese Angabe eine falsche Vorspiegelung gebraucht habe, denn das „Geschäft" gehöre ihm thatsächlich und sei auch auf seinen Namen eingetragen. Er habe doch nicht nöthig, den Fragenden aus freien Stücken mitzutheilen, welches Abkommen er mit seinem Vater und seiner Ehefrau getroffen habe. Auch müsse er bestreiten, daß ihm schon bei Ausgabe der Wechsel bekannt gewesen sei, daß er dieselben nicht würde einlösen können, denn er habe auf die Hilfe seines Vaters gerechnet.

Nach Schluß der Beweisaufnahme mußte der Staatsanwalt die Freisprechung des Angeklagten beantragen, da demselben ein Dolus nicht nachzuweisen sei, obgleich seine Handlungsweise vom moralischen Standpunkte aus nicht gerechtfertigt werden könne.

Der Gerichtshof folgte dem Antrage.

Für Handlungsreisende von hohem Interesse ist eine Sache, die gestern in vierten Instanz vor der I. Strafkammer des Landgerichts II endgiltig erledigt wurde. Der Handlungsreisende Ernst Liebenthal war vom Schöffengericht zu Spandau am 5. Oktober v. J. von der Anklage der Gewerbesteuer-Kontravention freigesprochen worden. Liebenthal hatte, wie aus der gestern von Neuem erfolgten Beweisaufnahme hervorgeht, für eine größere Uhrenfabrik den Vertrieb von Taschen- und Weckeruhren übernommen, führte aber nur Muster bei sich, und lieferte die Waare nur auf Bestellung. In einem einzigen Falle hatte er eins der Muster gleich verkauft; da er aber nicht im Besitz des Wandergewerbescheines war, zog er sich ein Strafmandat in Höhe von 96 M. zu. Dies ist der doppelte Betrag der Kosten des Wandergewerbescheines. Das Schöffengericht hatte ihn, wie bereits bemerkt freigesprochen, der Staatsanwalt aber Berufung eingelegt. Das Landgericht II. verurtheilte ihn Anfangs dieses Jahres jedoch zu 96 M. Geldstrafe. Hiergegen legte der Angeklagte seinerseits Revision ein und das Kammergericht hob das Urtheil des Landgerichts auf mit der Motivirung, daß von einer Ausführung des Wandergewerbes durch einen einzelnen Fall noch nicht gesprochen werden könne, es müsse vielmehr ein öfteres, auf Gelderwerb durch das Wandergewerbe gerichtetes, mit Absicht auf Fortsetzung desselben beruhendes Handeln erfolgen, ehe von einem Wandererwerb gesprochen werden könne. In dem Verkauf einer einzelnen Uhr, die er gerade als Muster bei sich geführt habe, könne aber solche Handlungsweise nicht erblickt werden. Die Sache wurde daher das Landgericht II zurückverwiesen. In der gestrigen Hauptverhandlung plaidirt der Staatsanwalt trotzdem für „Schuldig", weil der Angeklagte fortwährend auf Reisen mit Uhren sei, und zweifellos noch mehr Fälle vorliegen., die allerdings zur Kenntniß der Behörden nicht gekommen seien, aber trotzdem nehme er die Absicht an der Fortsetzung des Verkaufs als vorhanden an. Der Gerichtshof schließt sich jedoch der Ansicht des Kammergerichtes, die auch die Vertheidigung zu der ihrigen gemacht hatte, an, und spricht den Angeklagten frei. Die ganzen Kosten aller vier Instanzen fallen der Staatskasse zur Last.

Aus dem Bochumer Steuerprozeß, über den wir unsere Ansicht an anderer Stelle kundgeben, sind aus dem letzten Verhandlungstage die folgenden Angaben interessant. Es wird zunächst der Zeuge Stadtverordneter Kaufmann Stegemann vernommen. — Präsident: Sie sind im Jahre 1889 in der 5. Steuerstufe mit einem Höchsteinkommen von 6000 M. gewesen. Ihr Einkommen soll aber 18 000 M. betragen haben? — Zeuge: Das kann stimmen. — Vertheidiger R.-A. Kohn: Ich beantrage, daß der Herr Zeuge uns seine Einnahme vom Jahre 1889 genau angiebt. — Zeuge: Meine Gesammteinnahmen beliefen sich im Jahre 1889 auf etwa 40 000 M. — Bureauchef des Bochumer Vereins, Generotzky, (Mitglied der Einschätzungskommission); Er sei auf 4800 M. eingeschätzt gewesen, er habe allerdings, einschließlich der Gratifikationen u. s. w. ein Gesammteinkommen von 12 000 M. Er müsse es mit aller Entschiedenheit zurückweisen, daß er sich irgendwie habe bestechen lassen. — Fußangel: Das habe ich auch nicht behauptet, ich habe nur andeuten wollen, daß der Zeuge auch aus Börsengeschäften Einnahmen erzielt. — Zeuge: Das Publikum hat den betreffenden Artikel des Angeklagten aber anders verstanden. Ich kann allerdings nicht leugnen, daß ich Börsengeschäfte bisweilen gemacht habe. — Ingenieur Kapelle, Stadtverordneter und Mitglied der Einschätzungs-Kommission (Beamter des Bochumer Vereins): Er sei im Jahre 1889 auf 2700 M. eingeschätzt gewesen, seine Einnahmen beliefen sich aber auf 8000 M. — Kaufmann Grimme (Einschätzungskommissar) war mit einem Höchsteinkommen von 8400 M. besteuert, er bekundet, daß seine Einnahmen etwa 12 000 M. betrügen. — Kaufmann Bosch (Einschätzungs-

kommissar): Er sei im Jahre 1889 in der zweiten Steuerstufe gewesen, hätte aber in der elften Stufe steuern können. — Ingenieur Flottmann war in der ersten Steuerstufe, hätte aber in die sechste gehört. — Uhrmacher Kappmann: Er habe 2400 M. besteuert, hätte aber 8000 M. besteuern können. — Kaufmann Stahlhut ist Verwalter des Vermögens der Wittwe Schapenseel. Diese war in der 22. Steuerstufe, hätte aber zwei Stufen höher steuern können. — Kaufmann Sahlmann (Einschätzungskommissar) war in der ersten Steuerstufe, er habe jedoch in die sechste Stufe gehört. — Knappschaftsdirektor Gerstein hat in der vierten Stufe gesteuert, er hätte aber in der sechsten steuern können. — Kaufmann Braumann war mit 10—12 000 Mark besteuert, sein Einkommen belief sich jedoch auf 22 000 Mark. — Kaufmann Winckelmann: Er sei mit einem Einkommen von 8400 Mark besteuert gewesen, sein Einkommen habe aber 24 000 Mark betragen. — Mehrere Zeugen bekunden, daß ihre Einschätzung eine ihrem Einkommen entsprechende war. — General-Sekretär Baare giebt an, daß er mit einem Einkommen von 6400 Mark besteuert war, seine Einnahmen hätten jedoch 12—14 000 Mark betragen. — Dr. jur. Baare: Er sei in der fünften Steuerstufe gewesen, er gebe jedoch zu, daß er noch vier Stufen höher hätte steuern können. — Schuhmacher Hoffmann bekundet: Er sei unverhältnißmäßig hoch eingeschätzt gewesen; als er sich deshalb bei dem Ober-Bürgermeister Bollmann beschwerte, habe ihm dieser geantwortet: Wenn er Wein beziehe, dann könne er auch die eingeschätzte Steuer bezahlen. Er habe aber nur Wein für seine kranke Frau sich beschafft. — Bankier Lauffs: Er sei mit 9600 M. besteuert gewesen, habe aber eine Einnahme von über 18 000 M. gehabt. — Vertreter der Nebenkläger, Justizrath Schultz: Ich stelle an den Zeugen die Frage, ob er dem Angeklagten Fusangel Material zu den inkriminirten Artikeln geliefert hat? — Zeuge: Nein, ich habe mit Herrn Fusangel erst, nachdem die inkriminirten Artikel erschienen waren, über die Steuerverhältnisse gesprochen. — Auf weiteres Befragen bemerkt der Zeuge, daß er politisch der nationalliberalen Partei angehöre, daß er sich aber bei der letzten Stadtverordneten-Wahlbewegung der Bürgerpartei angeschlossen habe. — Die Verhandlung wird hierauf gegen 2 Uhr Nachmittags auf morgen (Donnerstag) Vormittags 8¾ Uhr vertagt.

Königsberg i. Pr., den 3. Juni 1891. Mit der für Vereine hochwichtigen Frage, ob Revisoren auch als Leiter des Vereins anzusehen und somit für die Thätigkeit desselben verantwortlich seien, beschäftigte sich hierselbst am 11. Mai der Strafsenat des Oberlandesgerichtes. Im vorigen Jahre hatte der Verein zur Wahrung der Interessen der Königsberger Maurer eine Fahnenweihe veranstaltet und hierzu die Filiale des Verbandes der deutschen Zimmerer schriftlich eingeladen. Gegen sämmtliche Vorstandsmitglieder, inklusive Revisoren, beider Vereine war Anklage wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes erhoben und sämmtliche Angeklagte vom Schöffengericht zu 15 M. verurtheilt. Gegen dieses Urtheil hatten 5 der Angeklagten, und zwar die Revisoren, Berufung eingelegt, das Landgericht sprach diese Angeklagten von Kosten und Strafe frei, hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft die Revision beim Oberlandesgericht beantragt, indem dieselbe von dem Gedanken ausging, daß auch die Revisoren als Leiter zu betrachten seien. Das Oberlandesgericht verwarf die Revision, indem es im Erkenntniß unter anderem anführte:

Als „Leiter" eines Vereins können nur solche Personen angesehen werden, welche in demselben eine führende Stellung einnehmen und ein gewisses Aufsichtsrecht ausüben. — Ueber die Rechte und Pflichten, welche die Angeklagten in ihrer Eigenschaft als Kassenrevisoren in genannten Vereinen hatten, geben die Statuten der letzteren Aufschluß. Hiernach liegt es den Kassen-Revisoren, welche ausdrücklich als besondere neben dem Vorstande stehende Organe bezeichnet werden, ob, die Vereinskassen nach bestimmten Vorschriften zu revidiren. Die Stellung der Kassen-Revisoren ist hiernach nur eine zu prüfende und nicht eine führende.

Weitere Befugnisse sind bei dem Verbande deutscher Zimmerer den Revisoren überhaupt nicht eingeräumt. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Königsberger Maurer giebt seinen Revisoren zwar noch das Recht, an den Vorstandssitzungen mit berathender Stimme theilzunehmen und verpflichtet sie, bei den Vereinssitzungen die Mitgliedskarten zu prüfen. Die Thätigkeit, welche die Angeklagten durch Revision der Kassen und Prüfung der Mitgliedskarten auszuüben hatten, erscheint keinesfalls geeignet, ihnen die Stellung von „Leitern" ihrer Vereine zu verleihen. Und weiter heißt es ziemlich zum Schluß:

Denn gerade diejenige Befugniß, welche einzelnen Mitgliedern eines Vereins eine führende, „leitende" Stellung verschafft, das Recht durch selbständige Abstimmung an der Gestaltung der Vorstandsbeschlüsse mitzuwirken, war ihnen entzogen.

Arbeiterbewegung.

Metallarbeiter-Kongreß.

Frankfurt a. M., 3. Juni.

Zweiter und dritter Verhandlungstag.

Der gestrige und heutige Tag war dem uralten Kampfe um die beste Form der Organisation geweiht. Es rast der See und will sein Opfer haben. Obgleich auf dem ersten Verhandlungstage ausdrücklich beschlossen wurde, bei der Diskussion über die Thätigkeit der Vertrauensmänner die Organisationsfrage nicht zu berühren, brannten die Redner förmlich vor Begierde, zur Organisation Stellung zu nehmen, so daß die Versammlung schließlich gezwungen war, ihren ersten Beschluß aufzuheben und die Organisationsfrage mit der Diskussion über die Thätigkeit der Vertrauensmänner zu verbinden. An und für sich wäre dies kein Fehler gewesen, wenn sich nicht wieder bei dieser Gelegenheit recht drastisch gezeigt hätte, daß die Arbeiter auf ihren Parlamenten noch Vieles zu reformiren haben. Es kommt oft genug nur auf die Fixigkeit an, mit der die Meldungen zum Wort geschehen, ob und in welchem Umfange ganze Industriezentren Gelegenheit erhalten, ihren Standpunkt darzulegen.

So sprachen gestern fünf Hamburger Delegirte, die in Stunden langen Ausführungen immer wieder dieselben Argumente wiederholten, was schließlich eine solche Verstimmung hervorrief, daß bei der mit gewaltiger Lungenkraft zum Besten gegebenen Rede des letzten Hamburger Delegirten Junge, die Hälfte der Delegirten demonstrativ den Saal verließ und auch die Mehrzahl der Zurückbleibenden den Ausführungen des Redners nicht die geringste Aufmerksamkeit schenkte.

Da es vorwiegend die Anhänger der reinen Fachzentralisation waren, wie Theis, Hilmer, Dietrich, Schwer, Junge, Grenz u. A., die gestern das Wort ergriffen, so regneten die Hiebe hageldicht, vornehmlich auf den Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung", Scherm, der in seiner Zeitung lebhaft Partei für die allgemeine Metallarbeiter-Union ergriffen hatte. Es wurde Scherm vorgeworfen, daß er seiner Ansicht entgegenstehende Meinungen unterdrückt, resp. daß er Mittheilungen oder Berichten, deren Inhalt ihm nicht zusagte, mit Bemerkungen versah u. s. w. Es wurde also zugleich die Organfrage mit in die Diskussion gezogen. Auch die Berliner bekamen einige Liebenswürdigkeiten zu hören wegen der Neuorganisation, die sie vorgenommen. Als von verschiedenen Seiten es als seltsam bezeichnet wurde, daß die Berliner auf diese Angriffe nicht reagirten, gaben die Letzteren die Erklärung ab, daß der Kongreß durch die Annahme einer veränderten Tagesordnung mit gleichbleibender Rednerliste es ihnen unmöglich gemacht habe, zu antworten.

Ein gestern Abend gestellter Antrag, heute die Sitzungen des allgemeinen Kongresses ausfallen und dafür die Branchenkongresse tagen zu lassen, wurde vom Kongreß mit großer Majorität abgelehnt, unter der Motivirung, daß mindestens nun auch erst die Anhänger der Union ihren Standpunkt darlegen müßten, ehe die Branchenkongresse tagen können. Auf Antrag der Mandats-Prüfungskommission, welche bekannt giebt, daß immer mehr Mandate eingehen, und Niemand im Stande sei, die ursprünglich eingegangenen, von den hinzugekommenen Mandaten zu unterscheiden, wird nochmals in namentlicher Abstimmung über den Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, nach Mandaten abzustimmen, abgestimmt, und dieser Antrag neuerdings abgelehnt, so daß also die Abstimmung nach der Kopfzahl der Delegirten erfolgt. Am Abend vereinigte ein vom Lokalkomitee arrangirtes, und von den Frankfurter Genossen zahlreich besuchtes Sommerfest im „Schefflegarten" die Delegirten.

Heute nahm nach Wiedereröffnung der Sitzung zunächst Redakteur Scherm das Wort, um sich gegen die wider ihn erhobenen Anklagen zu vertheidigen. Es habe den Anschein, so bemerkte er, als ob man die mangelnde Qualität der Anklagen durch eine möglichst große Quantität zu ersetzen suche. Weiterhin war er in der Lage nachweisen zu können, daß die Fehler, deren er geziehen wurde, von seinen Anklägern genau in derselben Weise begangen worden waren. Auch den Vorwurf, daß er den Berlinern ihre Neugründung habe ungestraft hingehen lassen, wies Scherm mit der Bemerkung zurück, daß die Berliner Nichts gethan, wofür sie zu tadeln seien.

Der Vertrauensmann Segitz vertheidigte hierauf in eingehender Weise die Berliner, die völlig korrekt gehandelt und seit dem letzten Kongreß ihre Schuldigkeit im vollem Umfange gethan hätten.

Ebenso wies der Delegirte Panzner (Hamburg) den Vorwurf, den Dietrich in der gestrigen Sitzung erhoben hatte: die Berliner hätten bei der Mai-Aussperrung der Hamburger nichts geleistet, zurück, indem er darauf hinwies, daß die Metallarbeiter, obgleich selbst auf das härteste mitgenommen, doch sofort 300 M. entsendet hätten.

Die Diskussion über die Organisationsfrage nahm hierauf ihren Fortgang, indem abwechselnd für und wider die Union, wie auch für und wider die Branchenzentralisation plädirt wurde. Sicher ist jedoch schon jetzt, daß die „Union" mit großer Majorität angenommen werden wird.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß einige 80 Redner eingezeichnet sind, wurde im Laufe des Vormittags die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt, jedoch ein von den Berlinern gestellter Antrag, wenigstens dem ersten Berliner Delegirten, der zum Worte kommt, sowie denjenigen der Vertrauensleute, die sich noch nicht zur Organisationsfrage geäußert haben, unbeschränkte Redezeit zu gewähren, angenommen.

Von den Vertrauensmännern spricht in der Nachmittagssitzung zunächst Schwarz, der seinen Vorschlag, Branchenzentralisation mit einem Vertrauensmann als Mittelpunkt, aufrecht erhält und vertheidigt.

Metzger spricht sich für einen Bund der Metallarbeiter aus, der aber überall dort, wo es nothwendig erscheint, örtliche Fachorganisationen errichtet.

Goldbach, der Vertrauensmann der Feilenhauer, ist für eine Metallarbeiter-Union in dem Sinne wie sie von Segitz und Breder seit längerer Zeit vertreten wird.

Körsten legt die speziellen Berliner Verhältnisse dar, durch welche die Berliner Metallarbeiter gezwungen wurden so zu handeln, wie sie gehandelt haben, und giebt zum Schlusse folgende Erklärung der Berliner Delegirten ab: In Erwägung, daß in einer Stadt wie Berlin mit ihren Riesenbetrieben die moderne Form der Produktion am schärfsten zum Ausdruck gelangt, in weiterer Erwägung, daß dieser moderne Betrieb den eigentlichen berufsmäßigen Arbeiter mehr und mehr verdrängt und an seine Stelle den sogenannten unqualifizirten Arbeiter setzt, in fernerer Erwägung, daß die Organisation nur das getreue Spiegelbild der jeweilig herrschenden Produktionsform sein soll, erklären die Berliner Delegirten sich im Namen ihrer Mandatsgeber gegen die Branchenzentralisation und im Prinzip für die Metallarbeiter-Union. Der Letzteren selbst beizutreten, erklären wir uns zur Zeit außer Stande, da die gegenwärtig bestehende und unter dem Druck der Verhältnisse neugeschaffene Organisation erst noch Zeit zur Kräftigung bedarf. Wir erklären jedoch, daß wir in dem Falle, daß der Kongreß die Union beschließen sollte, die Beschlüsse der letzteren stets anerkennen und ihr jede sonstige Förderung angedeihen lassen werden.

Da die Generaldiskussion heute unter allen Umständen zum Ende gebracht werden soll, beschließt der Kongreß eine Abendsitzung. Schlicke giebt bekannt, daß die Direktion der elektrischen Ausstellung den Delegirten ermäßigte Eintrittspreise bewilligt hat. Jedenfalls wird der Kongreß die Ausstellung in corpore besuchen, in welchem Falle die Direktion durch einen der technischen Leiter die ausgestellten Maschinen und Vorrichtungen erklären lassen wird.

Frankfurt, 3. Juni. Der Postassistenten-Verband, eine der bezüglich ihrer Staatsgefährlichkeit unschuldigsten Schöpfungen hat nichtsdestoweniger das Mißfallen des postgewaltigen Staatssekretärs v. Stephan in hohem Maße erregt. Es ist bekannt, wie man in den Bezirken der verschiedensten Ober-Postdirektionen durch Strafversetzungen der Leiter den Verband zu Grunde zu richten versucht hat, vielfach allerdings ohne ersichtlichen Erfolg. Hier hat man ein radikaleres Mittel gewählt, sämmtlichen Mitgliedern wurde die Wahl gestellt zwischen ihrem Austritt und der Entlassung resp. bei fest Angestellten der Kündigung. Natürlich hat unter diesen Verhältnissen der Verband im hiesigen Bezirk zu existiren aufgehört. Und das nennt man staatliche Musteranstalten

Lyon, 4. Juni. Die Bediensteten der hiesigen Tramway-Gesellschaft fordern unter Androhung eines Ausstandes eine Lohnerhöhung und Einführung des zwölfstündigen Arbeitstages.

Roubaix, 4. Juni. Der Ausstand in Arras dauert fort. — Die Bergarbeiter der Grubengesellschaft in Ostricourt haben beschlossen, in den nächsten Tagen die Arbeit niederzulegen.

Paris, 3. Juni. In einer Versammlung von Eisenbahn-Bediensteten, welcher mehrere Deputirte und Munizipalräthe beiwohnten, wurde ein Antrag angenommen, welcher gegen die Entlassung einer Anzahl Mitglieder der Arbeiter-Syndikatskammer seitens der Eisenbahn-Gesellschaften Protest einlegt und bestimmt, den Ausstand eintreten zu lassen, wenn der letzte bei den Behörden unternommene Schritt erfolglos bleiben sollte.

London, 4. Juni. Am Clyde droht ein neuer Ausstand unter den Maschinen- und anderen in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeitern, ebenso wie unter den bei dem Schiffsbau in Glasgow und Greenock angestellten Arbeitern. Dieselben widersetzen sich der beabsichtigten Lohnverminderung von 7½ pCt. Wenn die Arbeitgeber auf ihrem Vorhaben bestehen sollten, würden 20 000 Arbeiter sofort in den Ausstand eintreten.

Die Kutscher und Kondukteure der Omnibusgesellschaften in London werden Sonnabend Mitternacht den Ausstand beginnen, wenn nicht vorher ein Uebereinkommen getroffen ist.

Soziale Uebersicht.

Zimmerer Berlins und Umgegend. Versammlung am Sonntag, 7. Juni, Vorm. pünktl. 10 Uhr in der Brauerei Friedrichshain (Lipp) am Königsthor. Tagesordnung: 1. Die Bestrebungen des Bau-Arbeiter-Kartells. Referent: Genosse Keßler. 2. Welche Mittel stehen uns zu Gebote, um den fortwährenden Lohnabzügen entgegenzutreten? eventuell Wahl einer Lohnkommission. Referent: Genosse Wilke. 3. Abrechnung vom ehemaligen Gesellenausschuß durch Genossen Zippke. Genossen! Die Generalversammlung der Zimmerer Berlins vom 30. März 1891 hat die Unterzeichneten beauftragt, eine Versammlung mit obiger Tagesordnung einzuberufen und wir glauben, daß jetzt die beste Zeit für eine Versammlung mit dieser Tagesordnung ist. Wir sehen, daß die nothwendigsten Nahrungsmittel der Arbeiter tagtäglich theurer werden, ein Brot für 50 Pf. wiegt knapp 3 Pfund und Ihr wißt, daß unter diesen Verhältnissen eine Familie bestehend aus vier Personen pro Tag für 1,25 M. Bäckerwaare braucht; die Kartoffeln kosten 10 Liter 80 Pf. bis 1 Mk. u. s. w. Zur Steuer sind wir in der 4.—6. Steuerstufe veranlagt; die Wohnungsmiethen betragen für eine winzige Wohnung (Stube und Küche) im Hinterhause 240—300 Mk., und so sehen wir, daß Alles, was wir brauchen um unser kärgliches Leben zu fristen, im Preise steigt. Als schreienden Kontrast finden wir statt Erhöhung Erniedrigung der Löhne. Die Unternehmer nehmen die schlechte Konjunktur und die heutigen miserablen Verhältnisse wahr und nutzen unsere Arbeitskräfte auf das Schlimmste aus. Sie zahlen einen Lohn von 40—50 Pf., sehr selten noch 55 Pf. pro Stunde. Um das Sinken des Lohnes zu verdecken, wird die Arbeitszeit in die Höhe geschraubt, statt 9 werden 12 auch 14 Stunden gearbeitet.

Die Verhältnisse liegen leider derart elend für uns, daß wir manchmal wenn auch zähneknirschend gezwungen sind, dieses Unwesen mitzumachen und der Unternehmer lacht sich im Fäustchen bei Berechnung des Profits, welchen er aus unserem Schweiß herausgepreßt hat unbekümmert darum, ob wir bei unserer schweren Arbeit darben müssen oder nicht. Genossen! Es ist die höchste Zeit, daß wir Front gegen dieses Ausbeutungssystem machen, daß wir wieder zusammenhalten und unseren Ausbeutern zeigen, daß wir noch die „Alten" sind. Darum auf Kameraden! erscheint Alle in der Versammlung am Sonntag, welche in der Brauerei Friedrichshain stattfindet. Wählen wir uns wieder eine Lohnkommission, welche die gesammte Zimmerer Berlins ohne Unterschied der Organisation zu vertreten hat, damit wir wenn nicht mehr in diesem so doch im nächsten Jahre wieder „schlagfertig" auf dem Plane erscheinen können als ein geeinigtes festgeschlossenes Heer dem Kapital gegenüber.

Genossen! Die Versammlung, welche Kamerad Zippke (Vorsitzender der hiesigen Verbands-Filiale) ebenfalls zum Sonntag, den 7. Juni, nach dem Feen-Palast einberufen hat, findet nicht statt, indem er (Zippke) nach Rücksprache mit den Unterzeichneten die Feen-Palast-Versammlung, um keine Zersplitterung herbeizuführen, abgemeldet hat. Jedoch ist uns zu Ohren gekommen, daß der ehemalige Revisor Gruse, welcher die Abrechnung Jäckel's für richtig anerkannt hatte, trotzdem ihm (Gruse) schon seit Donnerstag voriger Woche bekannt ist, daß diese Versammlung (Friedrichshain) einberufen und die Versammlungs-Einladungen schon im Druck waren, beabsichtigt, eine Gegenversammlung an demselben Tage einzuberufen. Die Gründe, welche Gruse und seine Hintermänner zu dieser Handlungsweise veranlassen, sind durchsichtig genug, wir brauchen sie hier nicht mehr zu erläutern; jedoch ersuchen wir zum Schluß nochmals jeden Zimmerer Berlins, wer Willens ist mitzuhelfen, daß wieder Ruhe unter den Berliner Zimmerern herrscht und daß wir wieder in den Stand gesetzt werden, unsere wirthschaftliche Lage besser zu gestalten, der erscheine in der Versammlung und agitire für den zahlreichen Besuch der Sonntags-Versammlung in der Brauerei Friedrichshain. Die Versammlung wird pünktlich um 10½ Uhr eröffnet. Mit kameradschaftlichem Gruß: Das Bureau der Versammlung vom 30. März. J. A.: Reinhold Päseler. Hugo Lehmann.

Achtung, Kartonarbeiter! Unterzeichneter fordert alle Diejenigen, die noch im Besitz von Bons sind, oder Forderungen zu begleichen haben, zum letzten Mal auf, bis am Sonnabend, den 6. Juni, abzurechnen, widrigenfalls ihre Namen in der nächsten Woche veröffentlicht werden. A. Schwarzburger, Vertrauensmann, Hussitenstr. 7a.

Achtung, Schraubendreher! In der Fabrik von Tolzmann u. Co., Neue Friedrichstr. 37, haben vier Kollegen wegen Lohnreduzirung von 25 pCt. die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen, den Zuzug streng fernzuhalten.

Versammlungen.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Filiale 6 der Kammmacher Berlin. Montag, den 8. Juni, Mitgliedes-Versammlung, Münzstr. 11 bei Zemter. Tagesordnung: 1. Vorlesung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Auflösung der Zahlstelle. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Graveure und Ziseleure. Herrenpartie nach Erkner am Sonntag, den 7. Juni, 4½ Uhr, Schlesischen Bahnhof. Nachzügler: Bahnhof Erkner bis 9 Uhr.

Lese- und Diskutirklub „Westen". Freitag, den 5. Juni fällt die Sitzung wegen der Volksversammlung, welche an diesem Tage stattfindet, aus.

Der Arbeiter-Gesangverein Vorwärts Süd-Ost tagt jetzt jeden Freitag Abend von 9—11 Uhr bei Roll, Adalbertstr. 21. Genossen, welche gewillt sind demselben beizutreten, stets willkommen.

Achtung, Kartonarbeiter! Herren-Nachtpartie nach Friedrichshagen am Sonnabend, den 6. Juni. Treffpunkt: Abends 8½ Uhr, Schlesischer Bahnhof. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwünscht. Gäste willkommen.

Achtung, Filzschuharbeiter! Sonntag, den 7. d. M., Abends 6½ Uhr findet eine öffentliche Versammlung sämmtlicher in der Filzschuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bei Zemter, Münzstr. 11 statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Peus, 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nachdem geselliges Beisammensein. Zur Deckung der Unkosten findet eine Teilersammlung statt.

Achtung. Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin. Großer Familien-Ausflug am Sonntag, den 7. Juni nach Schmargendorf, Friedrichsgarten. Treffpunkt: Nachmittags 2 Uhr am Potsdamer Bahnhof. Abfahrt der Züge 12 und 45 Minuten nach jeder vollen Stunde. Für sonstige Unterhaltungen sowie am Abend für Tanz ist bestens gesorgt. Gäste, Damen und Herren willkommen. Um recht zahlreiche Betheiligung wird ersucht.

Lese- und Diskutirklub. Freitag. „Karl Marx", Abends 9 Uhr, bei Grube, Mariendorferstr. 10. Gäste haben Zutritt. — „Süden", Abends 8½ Uhr bei Schwarzkopf, Skalitzerstr. 11. Gäste, Damen und Herren, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Aufnahme von Mitgliedern. Männer-Gesangverein „Collegia", Restaurant Reichenbergerstr. 16. — Gesangverein des „Fachvereins der Puzer Berlins und Umgegend" „Gemüthlichkeit", Seydelstraße 30 bei Preuker. — „Buchbinder-Männerchor" Berlin, Alte Jakobstr. 73 bei Feuerstein. — Männer-Gesangverein der „Berliner Schmiede", bei Tempel, Breslauerstr. 27. — Arbeiter-Gesangverein „Nord", Brunnenstr. 38, b. Gnadt. — Gesangv. „Vorbeerkranz", Restaur. Wemstr. 11 — „Kaiser'scher Männerchor", Schönhauser Allee 28 bei Nürnberg. — Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung", Friedrichsberg, Friedrich Karlstr. 34 bei Schulze. — „Kummer'scher Gesangverein", Elisabethstr. 11 bei Röth. — „Wilhelm Seeger'sche Liedertafel", Abends 9 Uhr bei Drucks, Reichenbergerstr. 83. — „Karthans'scher" Gesangverein, Gr. Frankfurterstr. 26 bei Krüger, Frankfurter Bierhallen. — Gesangverein „Jugendfreunden" bei Keller, Bernstr. 48. — Arbeiter-Gesangverein „Maibund", Rixdorf, bei Gärtner, Hallstraße. — Arbeiter-Gesangverein „Maiglöckchen", Hochstraße 32a, bei Wilke. — Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts", Adalbertstraße 81, bei Roll, früher Cuxhavenstraße.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. „Männerchor Waldesrauschen", Markgrafenstr. 37 bei Weigt. — Männer-Gesang-Verein „Union" Abends 9 Uhr, in der Berliner Bock-Brauerei. — Musikdilettanten-Verein „Glocke" 8—11, Uebungsstunde. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Vergnügungsverein „Glückauf", Abends 8½ Uhr, Sitzung bei Möwes, Fichtestr. 29. Nach der Sitzung Tanz. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Veilchen", Sitzung mit Damen von 9 Uhr ab, Adalbertstr. 38 bei Hülsen. Gäste willkommen. — Geselliger Verein „Immergrün" Abends 9 Uhr, im Restaurant Hohnicke, Oranienstr. 30. — Verein ehem. Schüler der 38. Gemeinde-Schule, Sitzung, Abends 9 Uhr, im Grand Restaurant „Kornblume" (Inh. Otto Roll), Andreasstr. 3. Gäste willkommen. — Rauchklub „Ohne Zwang", Abends 8½ Uhr, bei W. Sparch, Weinstraße 28. — Skatklub „Tourbier", Abends 8½ Uhr, beim Genossen Karl Ulrich, Wrangelstr. 84. Gäste durch Mitglieder eingeführt willkommen. — Rauchklub „Rote Quarte". Jeden Freitag Köpenickerstr. 130 bei Eimecke. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

— **Sind der geselligen Arbeiter-Vereine** Berlins und Umgegend. Freitag: Verein „Grüne Tanne" 9 Uhr bei Tegner, Markusstr. 8.

Vermischtes.

Von der Ruhr, 1. Juni. Der aus der Untersuchungshaft in Essen entlassene Delegirte Bauer (Weitmar) erläßt gegenüber verschiedenen Andeutungen nationalliberaler Blätter, als sei eine für ihn gebotene Kaution von sozialdemokratischer Seite ausgegangen, eine Erklärung, daß ein einfacher Bergmann in Weitmar sein ganzes elterliches Erbe im Betrage von 2000 Mark frei-

willig ihm angeboten, und daß ein anderer, der nationalliberalen Partei angehörender Herr sich zu unbeschränktem Betrage verpflichtet habe, bekanntlich ohne Erfolg. Bauer beklagt sich bitter über die ihm gewordene Behandlung. Auf allen Transporten sei er geschlossen worden, obwohl man hätte wissen können, daß er niemals an einen Fluchtversuch oder dergleichen auch nur denken konnte. Sein Vertheidiger, Herr Dr. Wallach in Essen, wird gegen das Urtheil der Essener Strafkammer Revision einlegen.

Die türkische Räuberaffäre scheint immer noch nicht in Ordnung zu sein. Es liegt darüber folgendes Telegramm vor: Pera, 4. Juni. Die Unterhandlungen wegen Freilassung der von den Briganten in Tscherkeßköi gefangen genommenen Reisenden des Orientzuges haben bis zum Mittag zu keinem definitiven Resultat geführt und dauern noch fort. Das von den Briganten geforderte Lösegeld ist auf Verlangen derselben bei dem österreichischen Konsularagenten in Kirklisseh hinterlegt worden. Wegen der starken Garnison in Kirklisseh sind die Briganten sehr mißtrauisch; auf Befehl der Pforte sind daher im Einvernehmen mit dem deutschen Botschafter von Radowitz für den Augenblick alle Truppenbewegungen in der Gegend von Kirklisseh suspendirt worden. Der Kaufmann Israel befindet sich in Kirklisseh in voller Sicherheit. Der Minister des Aeußeren hatte heute eine längere Unterredung mit dem Botschafter v. Radowitz.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Wien, 4. Juni. In der Motivirung zu dem neuen Sozialistengesetz erklärt die Regierung, sie sehe sich veranlaßt, in der Ueberzeugung, daß die bestehenden Gesetze gegen jene sozialistischen Ausschreitungen, welche einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung anstreben, nicht vollkommen ausreichten, den Gesetzentwurf neuerdings einzubringen. Aus diesem Grunde sei auch die Bestimmung eleminirt worden, daß das Gesetz nur für 5 Jahre Giltigkeit habe. Im Uebrigen würden jene Abänderungen berücksichtigt, welche der zur Vorberathung des früheren Gesetzes bestellte Ausschuß beschlossen habe.

Wien, 4. Juni. Constantinopler Privatdepeschen melden die Freilassung der Gefangenen des Orientzuges. Die Banditen lieferten dieselben nach Empfang des Lösegeldes unter Anwendung größter Vorsicht aus. Der Philippopeler Bericht des „Wiener Tageblatts" erklärt, der Ueberfall sei nur durch Einverständniß des Banditenführers mit den türkischen Behörden möglich. Der Gouverneur in Tschataldja sei sehr kompromittirt; die türkischen Journale mußten über den Vorfall schweigen.

Briefkasten der Redaktion.

X. Sie halten den neulich von uns veröffentlichten Antrag zum Internationalen Kongreß für „unpraktisch". — Nun, wir auch. Wir maßen uns aber das Recht nicht an, Meinungsäußerungen, Vorschlägen oder Anträgen aus Parteikreisen, vorausgesetzt, daß keine prinzipiellen oder preßgesetzlichen Gründe im Weg stehen, die Aufnahme zu verweigern. Ein „einflußreicher" Parteigenosse ist der Urheber des Antrages beiläufig nicht, wie gegnerische Blätter albern bemerken. Es ist ein schlichter Genosse, der noch niemals in der Oeffentlichkeit aufgetreten ist, und nicht den mindesten „Einfluß" hat. Für uns hat jeder Genosse das gleiche Recht.

Zwei Wettende. Vetter und Base sind die deutschen Ausdrücke für Kousin und Kousine. — Der Ursprung des Wortes „Kaff" — Bezeichnung für Dorf — ist uns unbekannt. Mit dem Wort „Kaffern" hängt es nicht zusammen. „Kaffer" ist ein arabisches Wort und heißt „Ungläubiger".

Für die Arbeiter-Bildungsschule erhalten: Von P. St. 4,50 M. A. D. 5 M. Von der Freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen 20 M. Ungenannt 100 M.

H. Gumpel, Kassirer, Barnimstr. 42.

G. K., Mittenwalderstr. 26. Wenn auch Herr G. über dieses Thema zum ersten Mal gesprochen hat, so wird es doch seit längerer Zeit in einer längeren Reihe von Artikeln behandelt, die von berufener Feder herrühren und von uns entweder an leitender Stelle oder an der Spitze der Beilage veröffentlicht worden sind. Ihr Referat steht Ihnen, soweit es nicht veröffentlicht werden konnte, zur Verfügung.

F. W., Grefrath bei Crefeld. In Ihren Fragen können wir Ihnen leider keine Auskunft ertheilen.

C. S., Solingen. In Amsterdam selbst ist uns keine Adresse bekannt. Vielleicht ertheilt Ihnen Herr Domela-Nieuwenhuis im Haag auf eine Anfrage Auskunft. Geben Sie aber gleich an, mit welcher Art von Geschäftsleuten Sie in Verbindung treten wollen.

Pfälzer. Der Parteitag der Pfälzer Genossen findet am 7. Juni in Speyer statt.

W. O., Culmstr. 4. Ungeeignet.

A. On., Urbanstr. Es ist uns in der betreffenden Angelegenheit kein Bericht zugegangen. Wir werden Ihnen einen anderen Berichterstatter senden.

F. E., Elbing. Das Spielen in „auswärtigen" Lotterien ist in Preußen überhaupt verboten.

J. T., Prinzen-Allee 38. Es heißt Journal.

O. F. Um das, was Ihnen gehört, auf den Namen Ihrer Frau schreiben zu lassen, müssen Sie mit derselben einen gerichtlichen Schenkungsvertrag abschließen. Die Rechte Ihrer etwaigen Gläubiger werden jedoch dadurch nicht beeinträchtigt, vielmehr könnte die Schenkung von den Gläubigern ohne Weiteres angefochten werden.

Zimmerleute!

Oeffentliche General-Versammlung sämmtlicher Zimmerer Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 7. Juni, Vorm. 10½ Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (Lips) am Königsthor.

Tagesordnung: 1. Die Bestrebungen des Bauarbeiter-Kartells. Referent Regierungsbaumeister **Kessler.** 2. Welche Mittel stehen uns zu Gebote, um den fortwährenden Lohnabzügen entgegenzutreten; eventuell Wahl einer Lohnkommission. Referent Genosse **Fritz Wilke.** 3. Abrechnung vom ehemaligen Gesellen-Ausschuß.

☞ Die Versammlung wird pünktlich um 10½ Uhr eröffnet. ☜ 1178b

Das Bureau der Versammlung vom 30. März: Reinhold Päseler. Hugo Lehmann.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.

Berlin SW., Beuthstraße 2.

In unserem Verlage erschien soeben:

Gewerbe-Ordnung

für das Deutsche Reich

vom 21. Juni 1869,

in der Fassung des Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 23. April 1886, 6. Juli 1887 und die Novelle von 1891 eingeführten Aenderungen.

Mit erläuternden Anmerkungen und ausführlichem Sachregister.

16¼ Bogen Taschenformat. **Preis elegant kartonnirt 1 Mark.**

Welche Bedeutung die „**Gewerbe-Ordnung**" für alle Zweige des Erwerbslebens besitzt, ist bekannt. Aus ihr ergiebt sich die Nothwendigkeit der Anschaffung für Jeden, der, sei er selbständiger Gewerbetreibender oder Arbeiter, in die Lage kommt, sich über die gesetzlichen Vorschriften desselben informiren zu müssen. Eine erhöhte Bedeutung hat dieselbe erlangt durch die Novelle von **1891**, das sogenannte „**Arbeiterschutz-Gesetz**", dessen Kenntniß unentbehrlich ist. Wir brauchen dabei nur auf die Bestimmungen über die „**Sonntagsruhe**" und den „**Kontraktbruch**" hinzuweisen, die in Zukunft von einschneidender Wirkung sein werden.

Unsere Ausgabe der „**Gewerbe-Ordnung**" ist dem Bedürfniß der Arbeiter angepaßt; sie zeichnet sich sowohl durch sorgfältige Bearbeitung, gemeinverständliche Erläuterungen und ein erschöpfendes Sachregister, als auch durch geschmackvolle Ausstattung und billigen Preis vor anderen Ausgaben derselben vortheilhaft aus.

Vereinen und Wiederverkäufern gewähren wir beim Parthiebezug entsprechenden Rabatt.

Arbeitsnachweis.

Der Arbeitsnachweis für **männliche** Personen befindet sich:

Stadtbahnbögen No. 103/104 am Alexanderplatz gegenüber dem Kgl. Polizei-Präsidium. Fernsprech-Anschluß Amt V. 1268. 208M

Der Arbeitsnachweis für **weibliche** Personen befindet sich:

Klosterstrasse No. 97 an der Kaiser-Wilhelmstraße. Fernsprech-Anschluß Amt V. 3235.

Die Bureaus sind geöffnet **von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.** Während dieser Zeit können sich die arbeitsuchenden Personen in den an die Bureaus anstoßenden Sälen so lange aufhalten, bis ihnen Arbeit nachgewiesen ist. Die Gebühr beträgt 20 Pf.

Die Herren Arbeitgeber werden um Meldung der offenen Stellen dringend gebeten.

Der Vorstand
des Zentralvereins f. Arbeitsnachweis.
Dr. Freund, Magistratsassessor.

Graveure, Ciseleure.

Herrenpartie nach Erkner

Sonntag, d. 7. Juni, ¾7 Uhr Schlef. Bahnh. Nachz. bis 9 Uhr Bahnh. Erkner.

Lager v. Schuhen u. Stiefeln, verfertigt von den ausgesperrten Schuhmachern Erfurts.
Chr. Geyer, Oranienstr. 202.
(Zwisch. Heinrichspl. u. Manteuffelstr.)

Vereinigung der Drechsler Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Am Sonntag, den 7. Juni:

Familien-Ausflug

nach **Schmargendorf** (Friedrichs-Garten). Treffpunkt 2 Uhr Potsdamer Bahnhof. Abfahrt der Züge 13 und 43 Minuten nach jeder vollen Stunde.

Um rege Betheiligung ersucht

137/1 **E. Tost.**

Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter.

(Klavierarbeiter.)

Die unterzeichnete Kommission fordert hiermit zum letzten Male auf, **sofort** die Streiklisten (Matz u. Co.) abzuliefern, andernfalls die Namen veröffentlicht werden. Die Listen werden Naunynstraße 78 im Restaurant und Andreasstraße 12 III. bei Meyer entgegengenommen. 375/7

Die Kommission.

Cigarren-Geschäft,

15 Jahre besteh., gute Stammkundschaft, billige Miethe (mit Wohnung 1020 M.), wegen Todesfall mit Fabrikationsutensilien billig zu verk. Adr. Kastanien-Allee 29/30. **F. W. Jacobitz.** [1179b

---

Mein eleg. einger. Lokal mit prächt. Vorgarten, **Vereinsz.** (50—60 Pers.), **Billard** u. Piano empf. zu recht massenh. **Besuch. Kl. Weisse 10 Pf., vorzügl. Lagerbier 10 Pf. Dürre,** Prenzlauer Allee 26.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

Ganze Ausstattungen empfiehlt

Moritz Gläser, 831 L.

167. Reichenbergerstr. 167.

Mehlhandlung

Manteuffelstraße 75 L. Brachvogel.

Eleeta Pflaumen, vorzügl.	à Pfd.	40 Pf.
Bosnische „	„	30 „
Pflaumenmus, hochfein	„	30 „
Schnittäpfel	„	60 „
Birnen,	à Pfd. 50, 40 und	30 „
Potsdamer Zwieback	à Pfd.	90 „
Hochf. Tafelbutter	à Pfd. 1,10 u.	1 M.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Fabrik. Gr. Lager, bill. Preise.

Emil Heyn,

Brunnenstraße 28, Hof parterre.

Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Allen Genossen z. Nachricht, daß ich die

Tischlerei für Bau,

Ladeneinrichtung u. Reparatur-Werkstatt von **W. Rebsch, Wasserthorstraße 14,** übernommen habe und bitte die Genossen, bei Bedarf von Tischlerarbeiten mich gütigst unterstütz. z. wollen.

W. Fest, Wasserthorstr. 14.

Schlafst. sof. z. v. Fürstenwalderstr. 17 IV.

Achtung! Genossen!

Die für Donnerstag, den 11. Juni, anberaumte öffentliche Volksversammlung findet eingetretener Umstände halber **nicht statt.**

J. A.: **Robert Wengels,**
331/12 Gr. Frankfurterstr. 124.

Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Putzer

Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 7. Juni 1891, Vormittags 11 Uhr, in den „Bürger-Sälen", Dresdenerstraße Nr. 96.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme des Fachvereins zu dem Zentralverband der Maurer Deutschlands. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder bittet

246/15 **Der Vorstand.**

Verein der Einsetzer (Tischler).

Sonntag, den 7. Juni, Vormittags 11 Uhr, Neue Friedrichstr. 44:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des ersten Vorsitzenden. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 3. Wahl eines Komiteemitgliedes. 4. Verschiedenes und Fragekasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. Schluß der Listen zur Landpartie ist am 11. Juni. Zahlreiche Betheiligung ist erwünscht. 145/12

Der Vorstand.

Fachverein der Töpfer Charlottenburgs.

Sonntag, den 7. Juni, Vormittags 10 Uhr, in der „Gambrinus-Brauerei" zu Charlottenburg:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Kestler.** 2. Beschlußfassung behufs Auflösung des Vereins.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist Erscheinen dringend nothwendig.

316/13 **Der Vorstand.**

☞ **Tegel.** ☜

Große Volksversammlung

am **Sonnabend, den 6. Juni,** Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Schulz** (vormals **Lindenberg**), Schloßstr. 7/8. Tagesordnung: 1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. Um zahlreiches Erscheinen bittet

378/1 **Der Einberufer.**

☞ **Rixdorf.** ☜

Arbeiter-Bildungsverein für Rixdorf u. Umg.

Am Sonnabend, den 6. Juni, Abends 8½ Uhr:

Versammlung für Männer und Frauen

in der Vereins-Brauerei, Hermann- und Jägerstrassen-Ecke.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Dr. Christeller** über Gesundheitspflege. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nach der Versammlung **gemüthliches Beisammensein mit Tanz.** Gäste haben Zutritt. Es ladet zu zahlreichem Besuch ein 107/7

Der Vorstand.

Empfehle mein **reichhaltiges Lager** von

Cigarren und Tabacken.

Clara verw. Hasenclever

Chaussee-Strasse 49–50.

Alte Stiefel Ausw. Best. u. Repar. reell u. bill. f. Herren, Damen u. Kinder. Wegen Noth durch Krankh. bin ich von der Stallschreiberstraße 7 nach Nr. 6 verzogen. Bitte Freunde u. Gen., mich im Bedarfsfall zu unterst. Runge, Stallschreiberstr. 6.

Betten — Theilzahlung. **F. R. Retzlaff,** Bettfedern-Spezialgeschäft, Brückenstraße 5 (Jannowitzbrücke). 676L

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Bücher kauft **A. Hannemann,** Kochstraße 56. I. [819L

Frndl. Schlafst. f. 2 Pers. b. Ww. Nürnberg, Wörtherstr. 4, H. r. 1 Tr. 1166b

---

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23, H. p.**

Plattenschneider

verlangen **Siegel & Co.,** Knopffabrik, Heidestraße 48. 1172b

---

Hutmacherlehrling verl. Ad. Ernst, Barnimstr. 17. 58/20

Ein Mädchen, 12—14 Jahre alt, welches Lust zur Bühne hat, kann sich melden Schönhauser Allee 137, part bei Müller von 3—8 Uhr. [1181b

Verantwortlicher Redakteur: R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.